

50X1

Page Denied

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Schwerindustrie

STAT

| | | |
|----------|-----------------------------|-------------|
| V. u. M. | Berlin, den 10. August 1955 | Heft Nr. 11 |
|----------|-----------------------------|-------------|

INHALT

A. Allgemeiner Teil

| | Seite | | Seite |
|---|-------|---|-------|
| I. Organisation | | VI. Arbeit und Berufsausbildung | |
| 1. Namensverleihungen | 140 | 16. Maßnahmen zur Aufnahme Jugendlicher aus Westdeutschland | 148 |
| 2. Berufungen und Abberufungen | 140 | 17. Ausschank alkoholischer Getränke in den Betriebsverkaufsstellen des Einzelhandels | 148 |
| 3. Ungültige Dienstaussweise | 140 | | |
| II. Planung und Statistik | | VII. Technische Sicherheit und Arbeitsschutz | |
| 4. Maßnahmen zur Verbesserung der Produktion von Feinmeßgeräten | 141 | 18. Organisierung der technischen Sicherheit in den Betrieben | 149 |
| III. Forschung und technische Entwicklung | | 19. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Werkverkehr | 149 |
| 5. Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlich-technischen Arbeit im Bereich der Schwerindustrie | 141 | 20. Beschäftigung betriebsfremder Personen in abgeschlossenen elektrischen Betriebsräumen | 149 |
| 6. Die Aufgaben der Hauptverwaltung auf dem Gebiete der Forschung und technischen Entwicklung | 142 | 21. Hochdruckwasserheizung im geschlossenen System (Samka u. ä.) | 149 |
| 7. Lehr- und Fachbücher für TBS und Fachschulfernstudium | 142 | 22. Dichtrahmen an Atemschutzmasken, Typ Medi (Kabel) | 149 |
| 8. Prüfung wärmetechnischer Meßgeräte .. | 143 | 23. Überwachung des Kesselspeisewassers .. | 150 |
| IV. Produktion und Transport | | 24. Versand von Wasserglas in verzinkten Fässern | 150 |
| 9. Weitere Verbesserung der Produktion von Massenbedarfsartikeln | 143 | VIII. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem | |
| 10. Dispatchemeldungen | 143 | 25. Regelung der Vergütung für von mehreren Betrieben genutzte Erfindungen .. | 150 |
| 11. Umsetzung von Reichsbahnwagen | 144 | 26. Mehr Vorsicht bei der Behandlung von Patent- und Warenzeichenangelegenheiten! | 150 |
| V. Finanzen | | 27. Auswertung der Vertragssystem-Kontrollen in den Betrieben | 150 |
| 12. Richtlinie für die Einreichung von Preisfestsetzungsanträgen | 144 | 28. Verbesserung der Vertragskontrolle in den Betrieben | 151 |
| 13. Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen | 145 | 29. Verträge über die Lieferung und den Bezug fester Brennstoffe | 152 |
| 14. Berechnung von Fahrten mit betriebs-eigenen Fahrzeugen für BSG, Betriebskinderheime und im Rahmen von Patenschaftsverträgen | 145 | IX. Sonstiges | |
| 15. Ergänzende Vorschriften für Mineralgewinnungs- und Mineralverarbeitungsbetriebe (Bergbauvorschriften) | 145 | 30. Die Baukonferenz vom 3. bis 6. April 1955 .. | 152 |
| | | 31. Straßenbenutzungsgebühren | 153 |

B. Besonderer Teil

X. Produktionsbereich Metallurgie

32. Bildung von Normenbüros in den Produktionsbetrieben und bei den Hauptverwaltungen

153

33. Erfassung von Schamotte-Altmaterial ..

154

XI. Produktionsbereich Chemie

34. Aufgaben der Ingenieur-Technischen Zentrale für die Kaliindustrie und den Nichterzbergbau (ITZ)

154

STAT

A. Allgemeiner Teil

I. Organisation

1. Namensverleihungen

Durch die Urkunde des Ministers ist verliehen worden

- a) der neuen Sportstätte des VEB Braunkohlenwerk John Scheer mit Wirkung vom 3. Juli 1955 der Name Bergarbeiterkampfbahn John Scheer,
- b) dem VEB Spinnfaserwerk Elsterberg mit Wirkung vom 1. August 1955 der Name VEB Kunstseidenwerk Clara Zetkin Elsterberg,
- c) dem VEB Schwefelsäure- und Ätznatronwerk Nünchritz mit Wirkung vom 1. August 1955 der Name VEB Chemiewerk Nünchritz,
- d) dem VEB Pyrotechnische Fabrik Silberhütte mit Wirkung vom 1. August 1955 der Name VEB Pyrotechnik Silberhütte,
- e) dem VEB Schering Adlershof mit Wirkung vom 1. Januar 1956 der Name VEB Berlin-Chemie,
- f) dem VEB Fettchemie und Fewa-Werk mit Wirkung vom 1. Januar 1956 der Name VEB Satopex.

2. Berufungen und Abberufungen

Mit Wirkung vom 1. Juni 1955 ist der bisherige Produktionsleiter, Dr. Friedrich-Wilhelm Matschke, mit der Vertretung des abwesenden Leiters der Hauptverwaltung Flüssige Brennstoffe beauftragt worden.

Durch Urkunde des Ministers bzw. seines zuständigen Stellvertreters wurden berufen:

- HA-Leiter Richard Zibat
zum Hauptbuchhalter des Ministeriums für Schwerindustrie,
- Kurt Rödiger
zum Hauptbuchhalter der HV Kali- und Nichterzbergbau,
- Kurt Wähner
zum Stellvertreter für allgemeine und kommerzielle Fragen des Leiters der HV Eisenindustrie,
- Hartwig Hering
zum Stellvertreter für allgemeine und kommerzielle Fragen des Leiters der HV Kali- und Nichterzbergbau,
- Willi Kühn
zum Leiter der Abteilung Entwicklung der HV Braunkohle,
- Fritz Oswald
mit Wirkung vom 1. Februar 1955
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Erich Weinert,
- Konrad Eschbach
mit Wirkung vom 15. Februar 1955
zum Werkdirektor des VEB Kaliwerk Karl Liebknecht, Bleicherode,
- Werner Barnikel
mit Wirkung vom 18. Februar 1955
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Zeitz,
- Otto Graf
mit Wirkung vom 1. März 1955
zum Werkleiter des VEB Großkokerei Mátyás Rákosi,
- Hans-Joachim Ostmann
mit Wirkung vom 1. Mai 1955
zum Werkleiter des VEB Kaliwerk Freundschaft, Schierstedt,
- Hugo Schlegel
mit Wirkung vom 15. Mai 1955
zum komm. Werkleiter des VEB Schiefergruben Lehesten,

Dr. Rudolf Döring

mit Wirkung vom 20. April 1955
zum komm. Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt,

Herbert Anke

mit Wirkung vom 1. Juni 1955
zum Werkleiter des VEB Tonwerke Brandis,

Karl Engelmann

mit Wirkung vom 1. Juni 1955
zum Werkleiter des VEB Schamottewerk Thonberg,

Kurt Renner

mit Wirkung vom 15. Juni 1955
zum komm. Werkleiter des VEB Tonwerk Domitzsch,

Hasso Grabner

mit Wirkung vom 23. Juni 1955
zum Leiter der Aufbauleitung Schwarze Pumpe,

Werner Fleischer

mit Wirkung vom 1. Juli 1955
zum Werkdirektor des VEB Zentralwerkstatt Niederwürschnitz der Kohlenindustrie,

Otto Ritschel

mit Wirkung vom 1. Juli 1955
zum Werkleiter des VEB Hüttenwerk Muldenhütten,

Erich Heller

mit Wirkung vom 1. August 1955
zum Werkdirektor des VEB Stahl- und Walzwerk Wilhelm Florin,

Kurt Wotta

mit Wirkung vom 1. August 1955
zum Direktor der Deutschen Handelszentrale Metallurgie.

Abberufen wurden:

- Karl Engelmann,
bisher Werkleiter des VEB Tonwerke Brandis,
- Karl Thielemann,
bisher Werkleiter des VEB Schamotte- und Klinkerwerke Meißen,
- Erhard Mehnert,
bisher Werkleiter des VEB Hüttenwerk Muldenhütten,
- Herbert Hempel,
bisher komm. Werkleiter des VEB Zentralwerkstatt Niederwürschnitz der Kohlenindustrie,
- Martin Raasch,
bisher Werkleiter des VEB Schiefergruben Lehesten,
- Rudolf Günzel,
bisher Werkleiter des VEB Kaliwerk Freundschaft, Schierstedt,
- Jacob Renardy,
bisher Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt,
- Helmut Hensel,
bisher Werkdirektor des VEB Stahl- und Walzwerk Wilhelm Florin,
- Erich Heller,
bisher Direktor der Deutschen Handelszentrale Metallurgie.

3. Ungültige Dienstaussweise

Die nachstehend aufgeführten Dienstaussweise des Ministeriums für Schwerindustrie sind für ungültig erklärt worden:

- a) Nr. 366, ausgestellt auf den Namen Kurt Domke,
- b) Nr. 106, 15 401, ausgestellt auf den Namen Karl Wulfken,
- c) Sonderausweis der Energieinspektion Nr. 159, ausgestellt auf den Namen Johannes Wilke.

II. Planung und Statistik

4. Maßnahmen zur Verbesserung der Produktion von Feinmeßgeräten

Mit Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (Nr. 222/1 vom 14. Mai 1955) führt das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau eine einmalige formlose Erhebung über die Produktion von Feinmeßgeräten durch. Dabei ist es notwendig, auch die Betriebe der Schwerindustrie, und zwar hauptsächlich der Metallurgie, in diese Erhebung einzubeziehen, um den Forderungen des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht zu entsprechen, auf dem Gebiete der Herstellung von Meßmitteln einwandfreie Unterlagen für die Aufstellung des Zweiten Fünfjahresplanes zu erhalten.

Deshalb haben die Betriebe, welche Lehren und andere Meßmittel herstellen, ihre Produktion, der Nomenklatur des allgemeinen Warenverzeichnisses, Position 37 55 000 (Feinmeßgeräte) entsprechend, zu melden

die Produktion seit Jahresbeginn (Ist zu Werkabgabepreisen). Stichtag: 31. Dezember 1954.

Soweit die Produktion im VEB-Plan unter den Planpositionen 23 12 100 bzw. 23 12 200 ausgewiesen ist, genügt ein kurzer schriftlicher Hinweis auf diese Tatsache.

Die Meldung hat unverzüglich formlos an die DHZ Maschinen und Fahrzeugbau, Abteilung Feste Lehren, Reichenbach (Vogtland), zu erfolgen.

III. Forschung und technische Entwicklung

5. Verfügung über Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlich-technischen Arbeit im Bereich der Schwerindustrie

Vom 28. Juni 1955

Im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik wird folgendes bestimmt:

I.

(1) Die Festlegung in Abschnitt V, Abs. 3, der Anweisung vom 3. November 1953 über die Abgrenzung der Zuständigkeit des Ministers für Schwerindustrie und seiner Stellvertreter (VuM Nr. 1 vom 30. November 1953, S. 2), wonach die Forschungsinstitute dem zuständigen Stellvertreter des Ministers unterstellt sind, wird aufgehoben.

- (2) Mit Wirkung vom 1. Juli 1955 werden unterstellt
- der Hauptverwaltung Steinkohle die Versuchsstrecke Freiberg,
 - der Hauptverwaltung Braunkohle das Staatliche Torfinstitut in Rostock,
 - der Hauptverwaltung Elektroenergie das Institut für Energetik in Halle (Saale),
 - der Hauptverwaltung Eisenindustrie das Eisenforschungsinstitut in Hennigsdorf, das Forschungsinstitut für bildsame Formung der Metalle,
 - der Hauptverwaltung Nichteisen-Metallindustrie das Forschungsinstitut für Nichteisen-Metalle in Freiberg, das Forschungsinstitut für metallische Spezialwerkstoffe in Dresden, das Forschungsinstitut für Aufbereitung in Freiberg,
 - der Hauptverwaltung Hilfsbetriebe der Metallurgie das Zentrallaboratorium der feuerfesten Industrie, Meißen, des VEB Zentrales Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie,
 - der Hauptverwaltung Schwerchemie das Institut für Silikon- und Fluor-Karbonchemie in Radebeul,
 - der Hauptverwaltung Kunststoffe das Institut für Chemie und Technologie der Plaste in Leipzig, das Institut für Textiltechnologie der Chemiefasern in Rudolstadt,
 - der Hauptverwaltung Flüssige Brennstoffe das Institut für Chemie und Technologie der Kohlewertstoffe in Leipzig.

(3) Der Hauptverwaltung Gas obliegt die fachliche Anleitung der Abteilung Gas des Institutes für Energetik in Halle (Saale).

II.

(1) Die Zentralen Projektierungs- und Konstruktionsbetriebe sind dem Ministerium unmittelbar unterstellt. Weisungsberechtigt gegenüber diesen Betrieben sind die für die einzelnen Produktionsbereiche verantwortlichen Stellvertreter des Ministers.

(2) Die Abteilungen Forschung der Projektierungs- und Konstruktionsbetriebe erhalten fachliche Anleitung durch die zuständige Hauptverwaltung.

(3) Zuständig im Sinne des Absatzes 2 sind

- die Hauptverwaltung Braunkohle für den VEB Projektierungs- und Konstruktionsbüro Kohle in Berlin,
- den VEB Projektierungs-, Konstruktions- und Montagebüro — Kohleverarbeitung — in Leipzig,
- die Hauptverwaltung Elektroenergie für den VEB Energieprojektierung in Berlin,
- die Hauptverwaltung Eisenindustrie für den VEB Zentrales Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie, Außenstelle Leipzig,
- die Hauptverwaltung Nichteisen-Metallindustrie für den VEB Zentrales Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie, Abteilung Bergbaumechanisierung, Berlin.

III.

Die Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der dem Ministerium für Schwerindustrie unterstellten Hoch-, Fach- und Lehrgangsschulen obliegt weiterhin nach der Verfügung vom 15. November 1954 (VuM Nr. 8 vom 27. Dezember 1954, S. 98) der Hauptabteilung Hoch- und Fachschulen des Ministeriums für Schwerindustrie.

IV.

(1) Die Wissenschaftlich-Technischen Räte bei den Stellvertretern des Ministers für die einzelnen Produktionsbereiche werden aufgelöst.

(2) Mit Wirkung vom 1. Juli 1955 ist für den Bereich jeder Hauptverwaltung ein Wissenschaftlich-Technischer Rat zu bilden.

(3) Für die Zusammensetzung und die Aufgaben dieser Wissenschaftlich-Technischen Räte bleibt das Organisations-Schema eines Wissenschaftlich-Technischen Rates vom 15. Februar 1954 (Handbuch der Dokumente, S. 31) verbindlich.

V.

Die für die einzelnen Produktionsbereiche zuständigen Stellvertreter des Ministers sind verpflichtet, die Durchführung der wichtigsten Aufgaben der Forschung und Technik, der Standardisierung und der technischen Normung durch regelmäßige Entgegennahme von Berichten der Leiter der Hauptverwaltungen zu kontrollieren.

6. Die Aufgaben der Hauptverwaltung auf dem Gebiete der Forschung und technischen Entwicklung

Nach Auflösung der früheren Hauptabteilung Forschung und technische Entwicklung und nach Bildung der Zentralen Abteilung Forschung im Ministerium für Schwerindustrie werden die operativen Aufgaben auf diesem Gebiete von der Abteilung Technik der Hauptverwaltungen wahrgenommen. Dazu gehören auch Fragen der Standardisierung und des Rationalisatorwesens.

Für die Arbeitsgebiete Technisch-Wissenschaftliche Zusammenarbeit (TWZ) sowie Literatur und Dokumentation ist die Zentrale Abteilung Forschung zuständig.

7. Lehr- und Fachbücher für TBS und Fachschulfernstudium

A. Technisches Grundwissen

| | |
|---------------------------|---|
| Dipl.-Ing Quak | Technisches Wissen, Bd. I: Aufbau der Materie Bd. II: Technisches Eisen -- Nicht-eisenmetalle Bd. III: Technische Stoffe -- CHO-Chemie |
| Lindner | Lehrbuch der Physik, Bd. I/II |
| Dr. Haendel | Grundgesetze der Physik |
| Prof. Düsing/ Schaefer | Experimentalphysik |
| Prof. Jung | Einführung in die Zahlentheorie |
| Dr. Müller | Fünfstellige Logarithmen- und andere mathematische Tafeln |
| Ing. Fricke | Der Rechenschieber |
| Prof. Behrens | Die Arbeitsproduktivität |

B. Bergbau

1. Lehrbücher für den Fachschulunterricht

| | |
|---------------------------------|--|
| Bergbau- maschinen- kunde | |
| Mareyen | Bd. I, Teil 1: Dampfturbinen, Kondensations- und Rückkühlanlagen |
| Loth | Bd. II, Teil 1: Verbrennungskraftmaschinen |
| Mareyen | Bd. VI, Teil 1: Technische Meßkunde |
| Röger/Richter | Technisches Zeichnen |
| Plasche | Wetterlehre |
| Stapf | Bergbauchemie |
| Gabriel | Labortechnik im Bergbau |
| Kühnel | Kalifachkunde |

2. Kohlenbergbau

| | |
|-----------------------|---|
| Dantschitsch | Der Maschinenwärter in Bergwerksanlagen. Übersetzung a. d. Russischen |
| Griner | Der Hauer vor Ort. Übersetzung aus dem Russischen |
| Owetschnikow | Der Zimmerhauer. Übersetzung aus dem Russischen |
| Chorin/ Sukatsch | Die Kohlenkombine „Donbaß“. Übersetzung aus dem Russischen |
| Kutscher | Neuerer im Kombinstreben. Übersetzung aus dem Russischen |
| Schmarow | Der Bohrhauer. Übersetzung a. d. Russ. |
| Autoren- kollektiv | Grubenwehreinsätze bei hohen Temperaturen. Übersetzung a. d. Russ. |
| Dehne | Braunkohlentiefbau |

3. Erz- und Kalibergbau

| | |
|-----------------------|---|
| Eisenhuth/ Kautsch | Handbuch für den Kupferschieferbergbau |
| Lathan | Sprengstoffe und Zündmittel im Erzbergbau |
| Kühnel | Kalifachkunde |

C. Metallurgie — Metallkunde / Lehrbücher für den Fachschulunterricht.

| | |
|--------------------|---|
| Ohmann | Metallkunde |
| Benser | Werkstoffkunde I/II |
| Gramm | Eisen und Stahl |
| Neumann | Grundlagen der Walzwerktechnik und Kalibrierung |
| Rapp/ Pasternak | Die Gießerei und ihre Technik |

1. Hochofenprozeß — Metallerzeugung

| | |
|--------------|--|
| Krassawzew | Hilfsbuch für den Hochofenarbeiter Übersetzung aus dem Russischen |
| Dröge | Der Stahlwerker |
| Panfllow | Das Schnellschmelzen von Stahl Übersetzung aus dem Russischen |
| Ullsperger | Betriebserfahrungen beim Bau und bei der Zustellung von großen SM-Öfen |
| Sper/Poetter | Kleinbessemerei |
| Dubrow | Die Blockstruktur bei unberuhigtem Stahl. Übersetzung a. d. Russischen |

2. Nichteisenmetalle

| | |
|------------|--|
| Koldaschow | Metallurgie des Kupfers. Übersetzung aus dem Russischen |
| Koloc | Werkstoffkartei Koloc (Kupferlegierung) Werkstoffkartei Koloc (Nichteisenmetalle: Aluminium und Aluminiumlegierungen) |

3. Walzwerktechnik

| | |
|---------|--|
| Neumann | Grundlagen der Walzwerktechnik und Kalibrierung |
| Filipow | Das Einstellen von Walzgerüsten. Übersetzung aus dem Russischen |

4. Formen und Gießen

| | |
|------------------------|---|
| Ryshkin | Zu höheren Leistungen im Modellbau. Übersetzung aus dem Russischen |
| Barbaschin | Formerarbeiten. Übersetzung aus dem Russischen |
| Gerstmann/ Grohmann | Das Wasserglas-Kohlensäure-Formverfahren (CO ₂ -Verfahren) |
| Rapp/ Pasternak | Die Gießerei und ihre Technik |
| Sper | Kupolofen |
| Sper | Elektro-Grauguß |

D. Chemie

1. Lehrbücher und Laborpraxis

| | |
|--------------|---|
| Stapf | Chemie und Technologie |
| Kranz | Analytische Chemie, Bd. I |
| Fiedler | Chemisches Rechnen |
| Gabriel | Labortechnik im Bergbau |
| Beyersdorfer | Praktisches Rechnen mit chemischen Äquivalenten |
| Telle | ABC der Laborgeräte |

2. Chemische Industrie

| | |
|--------------|---|
| Dr. Springer | Fachkunde für die Gummiindustrie Bd. I: Werkstoffkunde und allgemeine Einführung in die Gummi-technologie |
| Eichstädt | Bd. II: Maschinenkunde |
| Kusnezow | Die Herstellung der Schwefelsäure. Übersetzung aus dem Russischen |
| Thinius | Hochpolymere |
| Streng | Härtbare Kunststoffe |
| Kühnel | Mineralische Grundstoffe |
| Neumann | Neue Wege der Wasseranalyse |

E. Energie-Technik

| | |
|------------------|---|
| Berties | Übungsbeispiele aus der Wärmelehre |
| Bührig | Die Schulung des Kesselwärters in Frage und Antwort |
| Garms | Handbuch der Heizungs- und Lüftungstechnik |
| Gutmann | „Dampf auf!“ Handbuch für Kesselwärtner |
| Keyl/Häckert | Wasserkraftmaschinen und Wasserkraftanlagen |
| Kuse | Dampfturbinen, Konstruktion und Wirkungsweise |
| Meyer | Einsparung von Energie und Brennstoff |
| Puschmann | Dampfkraftmaschinen, Kolbendampfmaschinen, Dampfturbinen |
| Schlicke | Abwärmeverwertung in Industrie und Wirtschaft |
| Schmitz | Praktische Ratschläge für die Montage von Warmwasser- und Niederdruckdampfheizungsanlagen |
| Autorenkollektiv | Schnellreparatur von Dampfkraftanlagen. Übersetzung a. d. Russischen |
| Semjonenko | Abwärmeverwertung. Übersetzung aus dem Russischen |

Diese Fachliteratur ist vom Fachbuchverlag Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 16, zu beziehen.

Die für die Ausarbeitung der Lehrpläne Verantwortlichen haben an Hand dieser Liste zu prüfen, welche Werke bzw. Abhandlungen als Pflichtliteratur in die

Lehrpläne und Rahmenausbildungsunterlagen aufzunehmen sind.

8. Prüfung wärmetechnischer Meßgeräte

Das Deutsche Amt für Maß und Gewicht gibt bekannt, daß der

VEB Zentrales Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie — Außenstelle Leipzig — HA Forschung und Wärmestelle, Abt. technologische Entwicklung, Gruppe meßtechnisches Laboratorium, Leipzig C 1, Bosestraße 2,

ermächtigt wurde

Glühfadenpyrometer der Typen „Pyrolux II“, Hersteller VEB Prüfgerätewerk Meßdingen, „Lange-Pyrometer“, Hersteller Dr. G. Lange, Berlin-Treptow, „Pyropto“, Hersteller Hartmann & Braun, Frankfurt a. Main, und Graukeilpyrometer der Type „Optix“, Hersteller Pyro-Werk, Wennigsen/Deister, zu prüfen und zu stempeln.

Die Prüfung und Stempelung erfolgt nach den Vorschriften des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht und wird der eichamtlichen Sonderprüfung gleichgeachtet.

Den Betrieben wird empfohlen, von dieser Prüfmöglichkeit Gebrauch zu machen und sich im Bedarfsfalle an das Zentrale Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie — Außenstelle Leipzig — zu wenden.

IV. Produktion und Transport**9. Verfügung über die weitere Verbesserung der Produktion von Massenbedarfsartikeln**

Vom 23. Juni 1955

Die Produktion von Massenbedarfsgütern hat 1954 im Ministerium für Schwerindustrie eine wesentliche Steigerung erfahren. Auch die Übersicht über das I. Quartal 1955 zeigt, daß immer mehr Betriebe ernste Anstrengungen machen, mehr Massenbedarfsartikel auf den Markt zu bringen. Aber nicht alle Betriebe beschäftigen sich intensiv mit der Produktion von Massenbedarfsgütern. Von der technischen Seite erhält diese Produktion zu wenig Unterstützung. Selbst leitende Mitarbeiter in Verwaltung und Betrieben sehen die Produktion von Massenbedarfsgütern als Nebenaufgabe an und überlassen diese vielfach dem Selbstlauf.

Die Groß- und Einzelhandelsorgane müssen auf eine ständige Verbesserung der Verbrauchsgüter Einfluß nehmen. Vertreter des Handels sind zu den Produktionsberatungen, in denen Fragen der Produktion von Massenbedarfsgütern behandelt werden, hinzuzuziehen. Umgekehrt sollen auch Vertreter der Produktionsbetriebe an den Besprechungen bei den Handelsorganen teilnehmen. Die Produktionsbetriebe werden verpflichtet, die Handelsorgane über die Beseitigung der Fehler und die Durchführung von Verbesserungen öffentlich zu informieren.

Die im Jahre 1955 vorzunehmenden und für 1956 vorgesehenen Erweiterungen der Sortimente sind in Plänen festzulegen, in denen die Art der Sortimentserweiterung, der Termin der Produktionsaufnahme und die Höhe der beabsichtigten Serienproduktion enthalten sein müssen.

Die Leiter der Hauptverwaltungen werden verpflichtet, in einem der ihnen unterstehenden Betriebe ein Musterbeispiel einer gut arbeitenden Abteilung zur Herstellung von Massenbedarfsgütern zu schaffen. Die Übertragung der Erfahrungen dieser Abteilung auf die anderen Betriebe der Hauptverwaltung ist zu organisieren.

Bei der Produktion von Verbrauchsgütern ist darauf zu achten, daß die technische Ausrüstung der Abteilung dem Niveau der in der Hauptproduktion angewandten Technik entsprechen muß. Erfahrene und entwicklungs-fähige Kader sind in diesen Abteilungen einzusetzen, um die Einführung und Herstellung neuer Erzeugnisse

zu fördern und die Kapazitätsreserven der örtlichen Industrie auszunutzen. Weiterhin sind alle Kooperationsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Die Nutzbarmachung der inneren Reserven muß mehr als bisher erreicht werden. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen sind in die operativen Quartalspläne der Betriebe aufzunehmen.

Mit der Anleitung und Kontrolle der Produktion von Konsumgütern in den Betrieben sind alle Mitarbeiter der Hauptverwaltungen zu beauftragen, die Betriebsbesuche durchzuführen.

Um neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen, sind die exportfähigen Artikel den zuständigen Fachanstalten des Deutschen Innen- und Außenhandels anzubieten.

10. Dispatchermeldungen

Die für das Jahr 1954 vom Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erteilte Sondergenehmigung für Dispatchermeldungen (Heft 4/5 der Vu.M vom 20. 7. 54) ist bis zum 31. Dezember 1955 verlängert worden.

Der Genehmigungsbescheid des Stellvertretenden Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 10. 5. 55 — 1/50 — lautet:

„Betr.: Sondergenehmigung für Meldungen des Dispatcherwesens vom 17. 4. 54

Die obige bis zum 31. 12. 54 befristete Genehmigung verlängere ich bis zum 31. 12. 1955.

Die Auslegungen, die einzelne Stellen des Ministeriums für Schwerindustrie dem Begriff „Dispatchermeldung“ gegeben haben, veranlassen mich zu folgenden an sich geringfügigen Ergänzungen und Änderungen:

- a) Unter Punkt 2 „Störungsmeldungen“ entfallen im im 3. Absatz die Worte „in dringenden Fällen“.
- b) Als neuer Punkt wird eingefügt:
„Die Übermittlung der Dispatchermeldungen an das Ministerium hat nur fernschriftlich, telefonisch oder telegrafisch zu erfolgen. Schriftliche Meldungsübermittlung mit Formblättern oder dgl. auf dem Post- oder Kurierwege sowie die Anfertigung derartiger Meldungen in mehreren Durchschriften, die an ver-

schiedene Stellen des Ministeriums gegeben werden, fallen nicht unter diese Sondergenehmigung; sie bedürfen einer Genehmigung gemäß § 1 der Verordnung vom 28. 5. 54. Das gleiche gilt für monatlich periodisch wiederkehrende Meldungen, auch wenn sie fernschriftlich, fernmündlich oder telegrafisch abzugeben sind.

- c) Die Punkte 9 und 10 der Sondergenehmigung vom 14. 7. 54 werden als neue Punkte 10 und 11 unverändert beibehalten.

11. Umsetzung von Reichsbahnwagen

Von den volkseigenen Betrieben werden dem Ministerium für Verkehrswesen in immer größerer Zahl Anträge auf Umsetzung bzw. Abgabe von Reichsbahnwagen zur weiteren Verwendung im inneren Werkverkehr oder Werknahverkehr vorgelegt.

Allein im Jahre 1954 gingen 140 derartige Anträge bei der Reichsbahn ein, in denen die Abgabe von insgesamt 561 Reichsbahnwagen gefordert wurde. Da durch Ausmusterung nur eine geringe Anzahl Wagen zur Abgabe zur Verfügung stand, konnten nur einige dieser Anträge berücksichtigt werden. Dabei wurde davon ausgegangen, welches Werk nach Ermessen der Reichsbahn die Wagen am dringendsten benötigte.

Die Zahl der im I. Quartal 1955 vorgelegten Anträge hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesteigert. Da es der Deutschen Reichsbahn in den meisten Fällen nicht möglich ist, die Dringlichkeit des Wagenbedarfes zu beurteilen, sind Anträge auf Umsetzung ausgemusterter Wagen ab sofort an das Ministerium für Schwerindustrie, Abteilung Verkehr, zu richten. Eine unmittelbare Anforderung bei dem Ministerium für Verkehrswesen, HV Wagenwirtschaft, ist zwecklos.

V. Finanzen

12. Richtlinie für die Einreichung von Preisfestsetzungsanträgen

Auf Grund des Beschlusses vom 6. Februar 1953 über die Grundsätze der Preispolitik wird für die Einreichung von Preisfestsetzungsanträgen folgendes bestimmt:

Die Einreichung von Preisfestsetzungsanträgen für neue Erzeugnisse hat unter Berücksichtigung der Richtlinie für das Karteblatt-System vom 14. August 1952, Az. 2131/21 — Pt/Bi sowie unter Berücksichtigung der Verordnung zur Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung für Erzeugnisse und Leistungen der volkseigenen Betriebe der Industrie, die nach den Grundsätzen des neuen Rechnungswesens kalkulieren (vgl. Gesetzblatt Nr. 34/55), zu erfolgen.

Die Anträge sind an die HA Absatz, Abteilung Preise, zu richten. Ausgenommen hiervon sind Anträge der Betriebe des Produktionsbereiches Chemie. Diese haben die Anträge an die Produktionsabteilung der zuständigen Hauptverwaltung einzureichen.

Der Preisantrag ist zweifach einzureichen und nach folgender Gliederung aufzustellen:

1. Waren-Nummer:
(des allgemeinen Warenverzeichnisses des Statistischen Zentralamtes bei der Staatlichen Plankommission, Ausgabe Juni 1952 mit 1. und 2. Ergänzung)
2. Genaue technische Beschreibung des Erzeugnisses mit Zeichnung, Abbildung oder Muster bzw. chemischen Daten, Verwendungszweck o. ä.:
3. Rohgewicht und Fertiggewicht:
(Gilt nur für Erzeugnisse der Waren-Gruppen 27 bis 38)
4. Beantragter Preis:
5. Im Finanzplan eingesetzter Preis:
6. Selbstkostennachweis:
 - a) Unter Aussonderung nicht kalkulationsfähiger Aufwendungen gemäß §§ 8 bis 15 der Verordnung zur Aufstellung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung usw., Gbl. Nr. 34 vom 28. April 1955.
 - b) Nachweis über die Zurechnung der Gemeinkosten auf die einzelnen Kostenstellen und Kostenträger.
 - c) Formblatt 71 des VEB-Planes
 - d) Spezifikation des Grundlohnes mit Angabe, ob es sich bei den Arbeitszeiten um
Richtzeiten,
vorläufige Arbeitsnormen
oder technisch begründete Arbeitsnormen handelt.
 - e) Spezifikation des Grundmaterials mit Angabe, ob es sich um
Erfahrungswerte,
vorläufige Verbrauchsnormen

oder technische begründete Verbrauchsnormen handelt.

7. Verbindliche Erklärung des Werkleiters und Hauptbuchhalters, daß die unter Absatz 6a zur Aussonderung vorgesehenen Kosten in den Selbstkosten nicht enthalten sind.
 8. a) Gesamtproduktionsauflage für das laufende bzw. folgende (soweit bereits vorliegt) Planjahr, sowie wertmäßiger Anteil (auf Grund des beantragten Preises zu berechnen) an der Gesamtproduktion in Prozenten;
b) Produktionsauflage des beantragten Erzeugnisses in Menge, Gewicht oder Länge;
 9. Wurde das Erzeugnis bereits früher in dem Betrieb hergestellt?
Wenn ja, wann?
Zu welchem Preis?
 10. Wird oder wurde das Erzeugnis in gleicher Ausführung in einem anderen Betrieb hergestellt?
Wenn ja, in welchem Betrieb?
Zu welchem Preis?
 11. Wird oder würde vom antragstellenden oder von einem anderen Betrieb ein ähnliches oder vergleichbares Erzeugnis hergestellt?
Wenn ja, von welchem Betrieb?
Zu welchem Preis?
Welche Unterschiede bestehen?
 12. Wie ist der Anteil der einzelnen Abnehmergruppen (in Prozent)?
a) Export
b) Abnehmer der volkseigenen Wirtschaft darunter Investitionen und Generalreparaturen
c) Abnehmer der privaten Wirtschaft
 13. Sind Preisangebote für die beantragten Erzeugnisse abgegeben worden?
Wenn ja, an wen?
In welcher Höhe?
 14. Liegt Prüfzeugnis des Amtes für Material- und Warenprüfung vor?
 15. Bei Zulieferteilen:
Angabe des Abnehmers und des Erzeugnisses, in welches das Teil eingeht.
- Die Preiskarteiblätter sind in fünffacher Ausfertigung einzureichen. Anträge für Produkte der Warengruppe 43 (pharmazeutische Produkte) sind in sechsfacher Ausfertigung vorzulegen.
- Die Preiskarteiblätter müssen fortlaufend nummeriert sein und die genaue technische Beschreibung des Erzeugnisses sowie die Fertiggewichtsangabe, chemische Daten und Qualitätsbezeichnungen tragen. Die stark umrandeten Felder auf den Preiskarteiblättern sind nicht auszufüllen.
- Preisanträge, die dieser Form nicht entsprechen und nicht die Unterschrift des Werkleiters sowie den Sichtvermerk des Hauptbuchhalters tragen, werden nicht bearbeitet und an den Antragsteller zurückgereicht.

13. Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen

1. Der Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen entspricht dem bisherigen Fonds für Werterhaltung. Aus Mitteln dieses Fonds sind Generalreparaturen sowie Ersatzinvestitionen an Nebenanlagen zu finanzieren. Unter Ersatzinvestitionen sind Investitionen zu verstehen, die zu keiner oder nur zu einer geringfügigen Kapazitätserweiterung der betreffenden Anlage führen.
2. Neuinvestitionen können aus Mitteln des Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen nicht finanziert werden. Neuinvestitionen sind Erstausrüstungen mit Grundmitteln, die zur Inbetriebnahme neuer Kapazitäten notwendig sind, oder Investitionen in bereits bestehenden Anlagen, die zu einer Kapazitätserweiterung der betreffenden Anlagen führen.
3. Dem Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen sind die Amortisationen der Nebenanlagen zuzuführen. Unter Nebenanlagen sind die auf den Kontengruppen 04-06 des „Neuen Rechnungswesens“ aktivierten Grundmittel zu verstehen, bei den am 1. Januar 1954 in Volkseigentum übernommenen SAG-Betrieben die entsprechenden Grundmittel. Dabei ist zu trennen zwischen
 - a) Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen (Wohnungswesen)
 - b) Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen (Kultur-, Sozial- sowie Gesundheitswesen)
 - c) Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen (Betriebs-Berufsschulen, Lehrlingswohnheime)
 - d) Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen (Ferienlager).
 Außerdem sind dem Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen die Überschüsse aus dem Wohnungswesen gemäß § 4 der Verordnung vom 6. November 1952 über Wohnungen für Werk tätige der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe (Gesetzblatt Seite 1187) zuzuführen. Diese Überschüsse unterliegen gemäß der Anweisung vom 23. Dezember 1953 über die Körperschaftsteuer der volkseigenen Wohnungsverwaltungen (Zentralblatt 1954, Seite 7) nicht der Körperschaftsteuer.
4. Als Übergangsregelung für 1955 können, abweichend von der unter Ziffer 2 festgelegten Regelung, in 1955 Neuinvestitionen bis zu 20 000 DM (Kleininvestitionen) aus Mitteln des Fonds für Generalreparaturen an Nebenanlagen finanziert werden, sofern sie am 14. Februar 1955 im beständigen Generalreparaturplan für Nebenanlagen enthalten und die erforderlichen Aufträge bereits vertraglich gebunden waren. Nach dem 14. Februar 1955 dürfen Neuinvestitionen nicht neu in den Generalreparaturplan für Nebenanlagen aufgenommen werden.

14. Berechnung von Fahrten mit betriebseigenen Fahrzeugen für BSG, Betriebskinderheime und im Rahmen von Patenschaftsverträgen

Durch die Revisionsorgane des Ministeriums für Schwerindustrie ist wiederholt festgestellt worden, daß die Betriebe die in VuM Nr. 6/7, Seite 83, unter Ziffer 22, bekanntgebene Anweisung unterschiedlich oder sogar falsch auslegen. Die genannte Anweisung vom 30. Oktober 1954 geht davon aus, daß das Ausmaß der Inanspruchnahme betriebseigener Fahrzeuge tatsächlich keine Mehrkosten an Reparaturen und Gemeinkosten verursacht. Bei zeitabhängigen Kosten, wie Abschreibungen, ist das im allgemeinen ohne besondere Prüfung anzunehmen. Anders ist das jedoch bei Reparaturen und Reifenverschleiß, hier hängen die Kosten von den gefahrenen Kilometern ab. Damit ist deutlich gemacht, daß die Inanspruchnahme für BSG usw. im Verhältnis zur Gesamtleistung des betreffenden Fahrzeuges nur geringen Umfang haben darf, wenn die Berechnung von Gemeinkosten unterbleiben soll. Das trifft nicht zu, wenn das Fahrzeug überwiegend für Zwecke der BSG usw. eingesetzt wird.

Wenn Reparaturen u. dgl. durch die Mehrinanspruchnahme für BSG usw. in erhöhtem Maße anfallen, sind die Fahrten nach der PVO Nr. 352 zu berechnen. Werden infolge besonderer Umstände betriebsfremde Fahrzeuge für Fahrten der BSG usw. in Anspruch genommen, so erfolgt die Finanzierung in vollem Umfange zu Lasten des D-Fonds. bzw. der betreffenden Organisation.

15. Ergänzende Vorschriften für Mineralgewinnungs- und Mineralverarbeitungsbetriebe (Bergbauvorschriften)

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, der Staatlichen Plankommission und der Deutschen Investitionsbank wird folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Vorschriften für Mineralgewinnungs- und Mineralverarbeitungsbetriebe (Bergbauvorschriften) ersetzen die im Heft 7 der Schriftenreihe der Deutschen Finanzwirtschaft veröffentlichten Bergbauvorschriften in der Fassung vom 15. Januar 1951, deren Neubearbeitung sich infolge der zwischenzeitlich fortgeschrittenen ökonomischen Erkenntnisse in ihrer praktischen Nutzenanwendung bei den Bergbaubetrieben der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich machte. Soweit in diesen Sondervorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist, gelten die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über die Buchführung der zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe.

I. Grundstücke und Gebäude

2. Eine Bewertung des amstehenden Minerals wird nicht vorgenommen. Da von den volkseigenen Betrieben der Grundstoffindustrie irgendwelche einmaligen oder wiederkehrenden Abgaben für Gerichtsamt, Nutzungsrechte u. dgl. nicht mehr gefordert werden dürfen, entfällt auch die Bewertung derartiger Rechte.
3. Grundstücke, die zur Devastierung vorgesehen sind, mit Halden bestürzt, mit Schlammteichen in Anspruch genommen, der Versalzung unterliegen od. dgl., sind, soweit sie im Eigentum volkseigener Mineralgewinnungsbetriebe stehen, mit einem Erinnerungswert von 1 DM zu bewerten. Sie sind jedoch im Inventarverzeichnis flächenmäßig und mit den Grundbuchbezeichnungen in einzelnen nachzuweisen. Die devastierten und rekultivierten Flächen sind gleichfalls statistisch zu erfassen und in der Inventur mit den Grundbuchbezeichnungen in einzelnen nachzuweisen. Grundstücke, die nicht der Devastierung unterliegen, müssen nach den allgemein gültigen Bestimmungen bewertet werden.
4. Die Kosten der Rekultivierung (Planierung, Kulturbodenwirtschaft und Klärteichbegrünungen bei Aufbereitungen, letzteres beim Erzbergbau) sind
 - a) soweit Grundstücke im Zusammenhang mit einem im Betrieb befindlichen Tage- oder Tiefbau rekultiviert werden, als Betriebskosten zu behandeln. Dazu gehören sowohl das Planieren der verkippten Massen als auch das Aushalten, Transportieren, Ablagern und Auftragen von Kulturboden,
 - b) soweit Flächen ausgekohlt, abgebauter oder stillgelegter Tage- und Tiefbaue und Klärteichbegrünungen bei Aufbereitungen im Erzbergbau, die nicht im Zusammenhang mit einem im Betrieb befindlichen Tage- oder Tiefbau stehen, im Sonderbetrieb rekultiviert werden, in dem Finanzplan der damit beauftragten Betriebe gesondert zu planen und abzurechnen.
5. Die Werte für Gebäude und Gebäudeeinrichtungen für neu zu übernehmende Betriebe sind entsprechend den Sondervorschriften für Zeitwertöffnungsbilanzen (Sonderheft 7 DFW) zu ermitteln.
6. Die Abschreibungen auf die Gebäude erfolgen entsprechend der technischen Abnutzung nach den verbindlichen Abschreibungssätzen.

II. Das Grubengebäude

A. Unter Tage

7. Das Grubengebäude ist die Gesamtheit der bergmännischen Grubenbaue, die unter der Erdoberfläche geschaffen wurden und die der Erschließung einer Lagerstätte dienen. Es schließt alle seigeren, söhlig und einfallenden Grubenbaue ein, die zum Zwecke der Gewinnung der Lagerstätte, der Förderung, Fahrung, Wetterführung und Wasserhaltung dienen, unabhängig davon, ob sie in der Lagerstätte selbst oder in deren Hangenden oder Liegenden, also im Nebengestein, aufgefahren werden.

8. Für die Abgrenzung wertschaffender und werterhaltender bergmännischer Auffahrungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

a) Wertschaffende bergmännische Auffahrungen (Basisanlagen) sind alle seigeren, söhlig und tonnlägigen bergmännischen Auffahrungen und Aufwältigungen,

aa) — Vorausauffahrungen — die für die Ausrichtung der einer neuen Produktionseinheit zugewiesenen Lagerstätten oder eines Lagerstättenteiles bis zur Erreichung der Normalförderung oder einer geplanten Kapazitätserhöhung (einschließlich des bergtechnisch notwendigen Mineralvorlaufs) erforderlich sind.

bb) — Basisauffahrungen — die eine Fortführung der Vorausauffahrungen bezwecken, soweit sie für den vollständigen Abschluß einer geschlossenen Lagerstätte und deshalb bis zum vollständigen Abbau dieser Lagerstätte erforderlich sind.

cc) — Ergänzungsauffahrungen — die zur sohlengebundenen Anlage von Grubenräumen für die Aufstellung von Maschinen und Geräten, zur Lagerung von Material sowie zur Sicherung anderer Grubenräume erforderlich sind.

dd) — Erkundungsauffahrungen — die der geologischen Erkundung einer Lagerstätte dienen, wenn sie von einem nachfolgenden Bergwerksbetrieb als Voraus-, Basis- oder Ergänzungsauffahrungen genutzt werden.

b) Werterhaltende bergmännische Auffahrungen sind alle seigeren, söhlig und tonnlägigen Auffahrungen und Aufwältigungen

— Folgeauffahrungen —

die für die sohlengebundene Ausrichtung, Vorrichtung und Abbauvorrichtung einer Lagerstätte, die zur Erhaltung einer bestehenden Normalförderung einschließlich des bergtechnisch notwendigen Mineralvorlaufs erforderlich sind.

9. Zu einer bergmännischen Auffahrung oder Aufwältigung nach Tz 8 a) und b) gehören auch der vorläufige und endgültige Ausbau sowie die vorläufige und endgültige Ausrüstung, wobei unter Ausrüstung die gesamte, für die zweckbestimmte Nutzung einer bergmännischen Auffahrung oder Aufwältigung eingebaute Ausrüstung zu verstehen ist; ausgenommen sind die in den Grubenräumen nach Tz 8 a), cc) aufzustellenden Maschinen und Geräte.

Bewertung

10. Die Anschaffungswerte bzw. bei Eigenleistungen die Produktionskosten für wertschaffende bergmännische Auffahrungen oder Aufwältigungen nach Tz 8 a) sind aus Investitionsmitteln zu finanzieren und zu aktivieren. Die Aufwendungen für werterhaltende bergmännische Auffahrungen oder Aufwältigungen nach Tz 8 b) sind als Betriebskosten zu verrechnen.
11. Der Anschaffungswert einer bergmännischen Auffahrung oder Aufwältigung nach Tz 8 a) enthält die Aufwendungen für die Auffahrung oder Aufwältigung, den Ausbau und die Ausrüstung nach Tz 9,

vermindert um den Erlös aus Mineral, das bei einer Auffahrung oder Aufwältigung angefallen ist, abzüglich der Nebenkosten.

Um eine einwandfreie Mengen- und Wertrechnung des Kostenträgers zu gewährleisten, sind

a) die bei der Auffahrung oder Aufwältigung gewonnenen Mineralien der laufenden Produktion zuzurechnen und als Förderung aus einer bergmännischen Auffahrung bzw. Aufwältigung zu kennzeichnen,

b) in Höhe des Erlöses Kosten dem betreffenden Kostenträger zuzurechnen.

Bei Erkundungsauffahrungen, die durch die Geologische Kommission erfolgen, sind alle Erlöse aus verkauften Mineralien, vermindert um die Nebenkosten, an den Staatshaushalt abzuführen.

Die Verwendung des gewonnenen Minerals ist in jedem Falle sicherzustellen.

12. Die Bestimmung der Normalförderung und des Umfangs der zur ihrer Erreichung notwendigen Basisanlagen muß bei neuen Schachtanlagen Bestandteil des vom jeweiligen Projektierungsbüro zu erstattenden betriebswirtschaftlichen Gutachtens sein und ist von der zuständigen Hauptverwaltung zu bestätigen. Bei bereits in Betrieb befindlichen Schachtanlagen hat eine besondere Kommission, deren Zusammensetzung von der übergeordneten Verwaltung bestimmt wird, in einem Gutachten die als Basis anzunehmende Normalförderung und den Umfang der als Basisanlagen geltenden, aktivierungspflichtigen Grubenbaue festzulegen und, falls erforderlich, jährlich zu überprüfen.

13. Das bei der Errichtung von Grubenbauen notwendige Verbrauchsmaterial (Energie, Verschleißmaterial, Ausbaumaterial usw.) gehört zu dem Aufwand für die Errichtung des jeweiligen Grubenbaues und ist wie dieser, also nach dessen Zweckbestimmung, zu behandeln.

14. Bei Errichtung der Schachtanlagen entstehen folgende Aufwände:

a) Aufwände für die vorläufigen Einrichtungen, die nur dem Schachtbau dienen, für vorläufige Gebäude zur Aufstellung von Maschinen und für Lagerungs- und Verwaltungszwecke; für das Schachtabteufen und den Schachtausbau: Löhne und Gehälter, Materialien, Beschaffung von Einrichtungen, Fremdleistungen usw. Diese werden aus den Investitionsmitteln für den Schachtbau bestritten.

b) Gebäude, Geräte, Wasserhaltung, Verbindungsbahnen usw., die nach Beendigung der Bauarbeiten dauernd dem Betrieb dienen sollen, sind mit ihren Anschaffungs-, Produktions- bzw. Selbstkosten nicht den Schachtbaukosten zuzurechnen, sondern unmittelbar auf den entsprechenden Grundmittelkonten zu aktivieren. Diese Grundmittel sind als Teile der Gesamtanlage, die fertiggestellt und in Nutzung genommen wurde, vom ersten Tag des Monats abzuschreiben, der dem Beginn der Nutzung folgt. Dies hat ungeachtet des Umstandes zu geschehen, daß die Gesamtanlage noch nicht fertiggestellt und die volle Kapazität noch nicht erreicht ist. Während der Zeit, in der diese Grundmittel bei den Investitionsarbeiten eingesetzt sind, sind die Amortisationen zu Lasten der Schachtbaukosten zu berechnen. Sofern die Grundmittel teilweise den Investitionsarbeiten und zum anderen bereits der Produktion (Förderung) dienen, sind die Abschreibungen anteilig zu belasten.

15. Falls sich die Anschaffungs- bzw. Selbstkosten bei in Betrieb befindlichen Anlagen nicht mehr ermitteln lassen, sind sie durch Bergbausachverständige dem Querschnitt und dem Ausbau der Grubenbaue entsprechend zu schätzen. Die Feststellung des Wertes in der Zeitwerteröffnungsbilanz erfolgt entsprechend der Regelung in Tz. 5.

STAT

Bei der Festlegung des Verschleißes sind außerdem besondere Verhältnisse, wie starker Gebirgsdruck, Schiefstellung oder Verbiegung der Schachtsäule infolge von Bergschäden, Undichtigkeiten durch Wasserzuflüsse, welche die Haltbarkeit oder Leistungsfähigkeit dieses Schachtes herabsetzen, als wertmindernd zu berücksichtigen.

16. Bei Wetterschächten, Nebenschächten und überzähligen Nebenschächten sind Wertberichtigungen je nach Art der Benutzung (Wetterschacht, Seilfahrt, Wasserhaltung) oder dem Grad der Ausnutzung vorzunehmen. Dabei ist der sogenannte zweite Schacht, welcher der Wetterführung oder der Förderung dient, in gleicher Weise wie der Hauptförderschacht zu bewerten. Der Förderung nicht mehr dienende Schächte, welche eine andere Zweckbestimmung erhalten, bleiben bewertet. Für den Betrieb nicht mehr erforderliche und für die Wiederinbetriebnahme nicht vorgesehene Schächte bleiben unbewertet. Bei stillliegenden Kalibergwerken, die noch über wesentliche Teile der Bergwerkseinrichtungen (Fördermaschinen, Fördergerüste, Laugenhaltung usw.) verfügen, und wo noch abbauwürdige Mineralien in ausreichender Menge vorhanden sind, bleiben der Hauptschacht und der zweite Schacht wie in Betrieb befindliche Schächte bewertet.
17. Grubenbaue sind nach ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abzuschreiben. Dabei sind geologische Gutachten über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer und den Umfang und Inhalt der durch jeden einzelnen Grubenbau aufgeschlossenen Lagerstätte heranzuziehen. Der Abschreibungssatz richtet sich nach der der Lagerstätte monatlich entnommenen Mineralmenge (Kubikmeter- bzw. Tonnensatz). Am Ende jeden Jahres sind die im Laufe des Jahres gewonnenen neueren Erkenntnisse über den Lagerstättenvorrat zusammenzufassen. Auf Grund dieser Erkenntnisse ist für das kommende Jahr der Abschreibungssatz je Mengeneinheit des gewonnenen Minerals festzulegen.

B. Tagebau

Bewertung des Grubenaufschlusses

18. Als Grubenaufschluß (Grundaufschluß) sind alle Aufwände zu aktivieren, die bis zur Freilegung von so viel Mineral entstehen, daß mit der maschinellen Förderung (bei Kohle) bzw. der laufenden Förderung (bei Steine und Erden) begonnen werden kann.

Das bis zur Aufnahme der Förderung insgesamt freigelegte Mineral, das durch marktscheiderische Aufmessungen festgestellt werden muß, ist mit den Durchschnittskosten für die Freilegung von Mineral in gleichartigen Tagebauen auf das Konto „Bestand an freigelegtem Mineral (Voraubraum)“ zu übertragen.

Zu dem Grubenaufschluß (Grundaufschluß) gehören u. a. folgende Aufwendungen:

Untersuchungsbohrungen, Gebäude zur Aufbewahrung von Maschinen, Lagerung von Materialien für Werkstätten und Verwaltungszwecke, Anlegung von Zufahrtsstraßen und Wegen, Verbindungsbahnen zur Eisenbahnstation bzw. dem Anschlußgleis des Werkes, Zuleitung von elektrischem Strom, Entwässerungsarbeiten, Niederbringung von Bohrlochern und Schächten, Einrichtung der Wasserhaltungen und der Einrichtungen für die Abführung der gehobenen Wasser, Verlegung von Straßen und Flüssen und sonstigen Hindernissen, Abbruch von Gebäuden u. ä., die dem zukünftigen Abbau im Wege stehen, Abholzung und Rodung, Abbruch und Einrichtung der schiefen Ebene, Planierungs- und sonstige Erdarbeiten und Unterführung von Straßen und Bahnkörpern, der dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen, im Zusammenhang mit der Verlegung der Geräte und der betrieblichen Gleisanlagen für den Tagebau von den bisherigen Be-

trieben bis zu den neuen Feldern, also alle diejenigen Arbeiten, die bis zur Aufnahme des Abraumbetriebes durchzuführen sind. Der Grundaufschluß gilt als beendet, wenn das Förderplanum fertiggestellt und die Gewinnung- bzw. Förderanlagen auf dem Planum in Betrieb genommen werden können. Entwässerungsarbeiten (einschließlich Streckenauffahren in der Kohle) gehören dabei ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt zu den Aufschlußkosten.

19. Die Bewertung erfolgt zu Selbstkosten, abzüglich des gewonnenen und abgesetzten Minerals. Ergeben sich aus sonstigen Verkäufen noch weitere Erlöse, die bei Durchführung des Aufschlusses eintraten, so sind diese ebenfalls wie Erlöse aus Mineralien zu behandeln.
20. Nach Beendigung des Grundaufschlusses später noch notwendig werdende Aufschlußarbeiten, wie z. B. Dorf-, Straßen-, Bahnverlegungen u. ä., sind als Restaufschluß bzw. erweiterter Aufschluß zu behandeln. Die Finanzierung erfolgt insoweit aus Investitionsmitteln. Das gleiche gilt für Untersuchungsbohrungen, soweit sie außerhalb eines Gebietes liegen, das innerhalb von drei Jahren, gerechnet nach Abschluß des Ausführungsjahres der Untersuchungsbohrungen, zum Abbau gelangt.
21. Der Grubenaufschluß ist in der Zeitwertöffnungsbilanz unter Zugrundelegung eines individuell zu errechnenden Durchschnittsbetrages je Tonne noch zu fördernden Minerals zu aktivieren. Dabei ist von dem gesetzlich zulässigen Neuanschaffungswert auf der Grundlage der im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung gesetzlich zulässigen Preisbasis auszugehen.
22. Die Abschreibung nach dem Termin der Zeitwertöffnungsbilanz bzw. nach der Übernahme der Erweiterung erfolgt mit festen Beträgen je Mengeneinheit gefördert Mineral. In der Abschreibungsbasis für die Ermittlung des Abschreibungssatzes sind die nach Beendigung des Grundaufschlusses gegebenenfalls später noch notwendigen Aufschlußarbeiten (z. B. Dorf-, Straßen-, Bahnverlegungen usw. — Restaufschluß bzw. erweiterter Aufschluß —) einzubeziehen.

Bewertung des Bestandes an freigelegtem Mineral

23. Für die Bewertung des in dem Tagebau vorhandenen gewinnbaren, rechnerisch freigelegten und nicht greifbaren Minerals (insgesamt freigelegten Minerals) gelten die für die Bewertung der halbfertigen Erzeugnisse erlassenen Vorschriften.

Die für die Freilegung bewegte Abraummenge macht in der Regel das Mehrfache des darunter liegenden Minerals aus. Freigelegtes Mineral wird grundsätzlich zu Plankosten (Plankosten je Kubikmeter Abraumbewegung \times geplantes Verhältnis Abraum: Mineral = Planfreilegungskosten) bewertet. Einzelheiten der Abrechnungsmethode und der Buchungssystematik werden durch Anweisung der zuständigen Hauptverwaltung geregelt.

III. Wasserhaltung

24. Die Maschinen und maschinellen Anlagen der Wasserhaltung sind nach Tz. 7 ff. zu behandeln. Die Anlagen für Ausnutzung der Wasserkräfte (Sperrmauer, Kanäle, Gräben, Fallrohre u. ä.) sind je nach ihrer Zweckbestimmung als Gebäudeeinrichtungen, Konto 000, oder als Anlagen zur Leistungserstellung in den Konten 001 bzw. 002 zu buchen.

IV. Umsetzungen

25. Hierfür finden die jeweils geltenden Bestimmungen Anwendung.

V. Bergschäden

26. Bergschäden der laufenden Förderung, die sich im normalen Umfang halten, das sind Bergschäden mit

einem Kostenaufwand bis zu 50 000 DM für das Jahr, sind als Betriebskosten zu verrechnen. Bergschäden, zu deren Beseitigung ein höherer Aufwand erforderlich ist, sowie solche, die zu einem späteren Zeitpunkt auftreten, sind auf Grund eines Ministerratsbeschlusses nach der jeweiligen Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen aus besonderen, aus dem Haushalt zur Verfügung zu stellenden Mitteln zu finanzieren und im neutralen Ergebnis abzurechnen. Der Fachminister ist berechtigt, im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen eine anderweitige Regelung über Finanzierung und Verrechnung zu treffen.

VI. Bilanzierung

27. Die nach den bisherigen Richtlinien bis zum 31. Dezember 1954 aktivierten Grundmittel, die nach den neuen Richtlinien nicht mehr zu aktivieren sind, sind zum 31. Dezember 1954 im einzelnen festzustellen und zur Herstellung der Kontinuität mit Wert 1.1.55 gegen den Grundmittelfonds als „Sonstiger Abgang“ auszubuchen.
28. Diese Vorschriften treten mit Wirkung vom 1. Januar 1955 in Kraft.

VI. Arbeit und Berufsausbildung

16. Verfügung über Maßnahmen zur Aufnahme Jugendlicher aus Westdeutschland

Vom 31. Mai 1955.

Durch den in der Tagespresse bekanntgegebenen Beschluß vom 2. März 1955 hat die Volkskammer die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, Jugendliche, die in unsere Republik kommen, um sich den westdeutschen Remilitarisierungsmaßnahmen und politischer Verfolgung zu entziehen, aufzunehmen und ihre berufliche und persönliche Entwicklung zu fördern.

Die sich daraus für die beteiligten Staatsorgane der Republik ergebenden Aufgaben hat das Präsidium des Ministerrates durch Beschluß vom 28. April 1955 festgelegt.

In Durchführung dieses Beschlusses wird für den Bereich des Ministeriums für Schwerindustrie folgendes bestimmt:

I.

(1) Die Werkdirektoren und Werkleiter sind verpflichtet, westdeutsche Jugendliche, die auf Grund des angeführten Beschlusses der Volkskammer vom 2. März 1955 um Aufnahme in die Deutsche Demokratische Republik bitten und aufgenommen sind, den Weisungen der Räte der Bezirke entsprechend unverzüglich in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

(2) Das gleiche gilt für die Leiter der sonstigen dem Ministerium für Schwerindustrie unterstellten Institutionen, soweit sie derartige Weisungen der örtlichen Staatsorgane erhalten.

II.

(1) Betriebe, die im Rahmen ihres Arbeitskräfteplanes keine Möglichkeit zur Aufnahme haben, sind trotzdem verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Jugendlichen aufzunehmen.

(2) Um für solche Jugendlichen freie Arbeitsplätze zu erhalten, ist in diesen Betrieben die Werbung für die Landwirtschaft und für den Erzbergbau besonders zu fördern.

III.

(1) Um die örtlichen Organe bei der wohnraummäßigen Unterbringung der aufgenommenen westdeutschen Jugendlichen zu unterstützen, haben die Werkleiter in Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen besonders deren Aufnahme in den Familien der Belegschaftsmitglieder zu fördern.

(2) Ferner sind zusätzliche Wohnheimplätze unter Ausschöpfung innerer Reserven zu schaffen.

IV.

Jugendliche, die zu ihrer weiteren beruflichen Entwicklung Lehr- bzw. Anlernverhältnisse eingehen wollen, sind ohne Rücksicht auf den einheitlichen Lehrbeginn

entsprechend dem Stand ihrer bisherigen Ausbildung von den Betrieben sogleich aufzunehmen.

V.

Jugendliche, die ihre Ausbildung in Westdeutschland bereits beendet, jedoch keine Facharbeiterprüfung abgelegt haben, brauchen nur eine praktische und berufstheoretische Prüfung abzulegen. Das gleiche gilt für Jugendliche, die ihre Berufsausbildung in Betrieben der Schwerindustrie fortsetzen.

VI.

Soweit den Jugendlichen im Jahre 1955 Ausbildungsplätze entsprechend dem Plan der Berufsausbildung nicht nachgewiesen werden können, haben die Betriebe nach Abstimmung mit den Räten der Kreise, Abteilung Arbeit und Berufsausbildung, der zuständigen Hauptverwaltung einen Nachplanungsvorschlag einzureichen.

VII.

(1) Um den Kommissionen der Räte der Bezirke und Kreise für die arbeits- und wohnungsmäßige Unterbringung westdeutscher Jugendlicher einen Überblick über die Arbeitskräftelage der Betriebe zu geben, haben die Betriebe diesen Kommissionen monatlich nach dem beiliegenden Muster zu berichten. Empfänger dieser Berichte ist der zuständige Rat des Kreises, Abteilung Arbeit und Berufsausbildung.

(2) Diese Berichterstattung ist von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik am 17. Mai 1955 unter der Genehmigungsnummer 610/29 registriert und bis zum 30. September 1955 befristet.

(3) Die bisherige 10-Tage-Meldung zur Arbeitskräftelage entfällt.

Anmerkung: Vorstehende Verfügung ist den Betrieben bereits vorab in maschinenschriftlicher Form bekanntgegeben worden. Auf die Wiedergabe des in Ziffer VII, Abs. 1, erwähnten Musters kann deshalb verzichtet werden.

17. Ausschank alkoholischer Getränke in den Betriebsverkaufsstellen des Einzelhandels

Über den Ausschank alkoholischer Getränke in den Betriebsverkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels hat das Ministerium für Handel und Versorgung durch Anweisung Nr. 25/54 u. a. folgendes bestimmt:

Auf Verlangen der Werkleiter ist der Rat des Kreises, Abteilung Handel und Versorgung, verpflichtet, den Verkauf in Flaschen und den Ausschank alkoholischer Getränke in den Betriebsverkaufsstellen zu verbieten, wenn der Verkauf dieser Erzeugnisse auch in den betriebseigenen Kantinen untersagt ist.

VII. Technische Sicherheit und Arbeitsschutz

18. Organisierung der technischen Sicherheit in den Betrieben

Nach § 3, Abs. 2, der Anordnung vom 30. November 1954 über Maßnahmen zur Organisierung der technischen Sicherheit in den Betrieben pp (GBL S. 940) ist bereits bei der Projektierung und Konstruktion von Gebäuden, Anlagen, Maschinen und Geräten zu prüfen, ob die Bestimmungen der technischen Sicherheit und des Arbeitsschutzes berücksichtigt sind. Nach § 10, Buchst. h, obliegt diese Prüfung der Projekte den betrieblichen Sicherheitsinspektionen, also den Sicherheitsinspektoren oder Sicherheitsbeauftragten der Betriebe. Zur Erfüllung dieser Vorschriften ist wie folgt zu verfahren:

- a) Die Investitionsträger haben in den technischen Grundsätzen für die zu projektierenden Anlagen die in Betracht kommenden Arbeitsschutzbestimmungen im einzelnen unter Angabe ihrer Nummer und Bezeichnung anzugeben.
Bei der Aufstellung dieser technischen Grundsätze sind der Sicherheitsinspektor und erforderlichenfalls weitere Sachverständige der technischen Sicherheit und des Arbeitsschutzes beratend heranzuziehen.
- b) Die Investitionsträger haben bei der Vorlage der technischen Grundsätze die Erklärung abzugeben, daß in diesen die entsprechenden Vorschriften für die technische Sicherheit und den Arbeitsschutz in vollem Umfange berücksichtigt sind.
- c) Die Investitionsträger und die Projektanten haben zu den Abschlußbesprechungen über die Vorprojekte und Projekte die Hauptsicherheitsinspektion bzw. den betrieblichen Sicherheitsinspektor, in Bergbaubetrieben die Technische Bergbauinspektion der Republik bzw. die zuständige TBBJ heranzuziehen. Über die Abschlußbesprechung ist ein von den Beteiligten zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen, aus welchem ersichtlich ist, daß die betreffenden Sicherheitsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen bei der Ausarbeitung des Projektes beachtet worden sind.

Nach § 2, Abs. 1, der angeführten Anordnung vom 30. November 1954 sind die Aufsicht führenden Personen nach einem von dem Werkleiter zu bestätigenden Plan für die Entwicklung und Anwendung unfallsicherer Arbeitsmethoden der Beschäftigten verantwortlich. Dieser Plan ist von der Abteilung für Arbeit des Betriebes aufzustellen.

Nach § 10, Buchst. g, unterliegen sämtliche zum Einsatz kommenden bzw. reparierten Maschinen und Anlagen der Abnahmepflicht hinsichtlich des Vorhandenseins der erforderlichen Schutzvorrichtungen. Hierzu wird erläuternd festgestellt:

- a) fabrikneue Maschinen und Anlagen hat die betriebliche Sicherheitsinspektion abzunehmen,
- b) bei wieder zum Einsatz kommenden reparierten Maschinen obliegt diese Überprüfung den mit der Leitung und Aufsicht der Produktionseinrichtungen beauftragten Personen innerhalb ihres Verantwortungsbereiches.

19. Verfügung über Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Werkverkehr

Vom 15. Juli 1955

Im Juni 1955 hat sich im VEB Hüttenwerk Muldenhütten dadurch ein tödlicher Unfall ereignet, daß sich eine Zugmaschine nicht in einem betriebs- und verkehrssicheren Zustand befand. Diese Zugmaschine war nicht für den öffentlichen Verkehr zugelassen und führte nur Transporte innerhalb des Werkes aus. Daraus ergab sich, daß dieses Fahrzeug nicht durch die Verkehrspolizei technisch überprüft wurde.

Um zu verhindern, daß weitere Unfälle dieser Art eintreten, wird im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei folgendes bestimmt:

1. Alle nicht für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Fahrzeuge, wie Traktoren, Zugmaschinen, Lastkraftwagen, Anhänger, Elektrofahrzeuge usw., die im innerbetrieblichen Transport Verwendung finden, sind bis Ende September 1955 dem zuständigen Volkspolizeikreisamt, Abteilung Verkehr, zwecks Überprüfung auf ihre Betriebs- und Verkehrssicherheit anzuzeigen.
2. Zwischen dem Volkspolizeikreisamt, Abteilung Verkehr, und dem Betrieb ist ein Termin für die Überprüfung der Fahrzeuge zu vereinbaren.
3. Die Werkleiter haben für die Beseitigung der festgestellten Mängel entsprechend der Auflage der Verkehrspolizei zu sorgen und zu veranlassen, daß die beanstandeten Fahrzeuge einer Nachkontrolle unterzogen und die Überprüfungsberichte ordnungsgemäß aufbewahrt werden.
4. Die Überprüfung auf Verkehrs- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge ist alle 12 Monate durch die Verkehrspolizei zu wiederholen.
5. Die Sicherheitsinspektoren haben die ordnungsmäßige Durchführung dieser Maßnahmen in den Betrieben zu kontrollieren.

20. Beschäftigung betriebsfremder Personen in abgeschlossenen elektrischen Betriebsräumen

Die Beschäftigung betriebsfremden Fachpersonals in abgeschlossenen elektrischen Betriebsräumen ohne Stellung einer Aufsichtsperson durch den Anlagenbetreiber ist unter folgenden Voraussetzungen gestattet:

1. Der Anlagenbetreiber oder dessen Beauftragter hat an der Arbeitsstelle den Schutz gegen zufällige Berührung mit unter Spannung stehenden Anlagenteilen zu gewährleisten (ASB 904, § 4, Absatz 3 — VDE 0105/1 47, § 9).
2. Der nach § 4, Absatz 2, der ASB 904 für jede Baustelle vom Betriebsleiter des Montagebetriebes für die Sicherheit verpflichtete Verantwortliche ist von dem Anlagenbetreiber oder dessen Beauftragten über den Schaltzustand und die sich daraus ergebenden Gefahren zu unterweisen.
3. Die Unterweisung und das Einverständnis mit dem vom Anlagenbetreiber oder dessen Beauftragten getroffenen Sicherheitsmaßnahmen ist schriftlich zu bestätigen.

Für Fachfremde, z. B. Maurer, Maler, Bauhandwerker usw. sowie Lehrlinge, sind in jedem Falle durch den Anlagenbetreiber oder dessen Beauftragten Aufsichtspersonen zu stellen.

Die Aufsichtspersonen dürfen nicht zur Mitarbeit herangezogen werden.

21. Hochdruckwasserheizung im geschlossenen System (Samka u. ä.)

Nach einer Entscheidung des Ministeriums für Arbeit Berufsausbildung, Hauptabteilung Arbeitsschutz, Technische Überwachung, sind solche Anlagen überwachungspflichtig. Die Betriebe werden aufgefordert, die von ihnen betriebenen Anlagen der zuständigen Arbeitsschutzinspektion — Technische Überwachung — zur Überwachung zu melden.

22. Dichtrahmen an Atemschutzmasken, Typ Medi (Kabel)

Einige Betriebe haben darauf hingewiesen, daß die Dichtrahmen an Atemschutzmasken der genannten Type infolge zu großer Dehnung des Gummis nach kurzer Zeit unbrauchbar werden. Insbesondere wurde dies beobachtet bei Dichtrahmen, welche aus rotem

Gummi gefertigt waren. Die Prüfdienststelle 616 erbittet die Zusendung solcher Art Dichtrahmen zur Untersuchung. Die Anschrift der Prüfdienststelle lautet:

Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Prüfdienststelle 616, Berlin-Oberschöneweide, An der Wuhlheide 237—238.

23. Überwachung des Kesselspeisewassers

Die Analyse von Schadensfällen an Dampfkesseln, die in jedem Falle einen Produktionsausfall mit sich brachten, zeigt, daß in weitem Umfang Schäden durch Speisewassereinflüsse hervorgerufen wurden. Dampfkesselspeisewasser ist daher laufend zu kontrollieren. In den Betrieben sind zu diesem Zwecke entsprechende Aufzeichnungen vorzunehmen, die als ein Bestandteil des Tagebuches für den Betrieb des Kessels anzusehen sind.

24. Versand von Wasserglas in verzinkten Fässern

Unzulässige Drucksteigerungen bei verzinkten Fässern, die zum Versand von Wasserglas benutzt wurden, haben zum Auszischen bzw. Zerknall geführt. Die begründete Annahme, daß durch das Einwirken der alkalischen Wasserglaslösung auf Zink Wasserstoff entsteht, führte zu einer Forderung der Bezirksarbeitsschutzinspektion Dresden, nach der

| | |
|------------------|-----------|
| Natronwasserglas | 48/50° Bé |
| Natronwasserglas | 58/60° Bé |
| Kalkwasserglas | 35° Bé |

nicht mehr in verzinkten Fässern oder in Fässern versandt werden dürfen, deren Verschlüsse aus Zinkspritzguß oder Aluminium bestehen. Die Hauptsicherheitsinspektion tritt, da gegenteilige Beweise nicht angetreten werden konnten, der Auffassung bei. Die aufgeführten Wasserglasarten sind daher nicht in verzinkten Fässern oder Fässern mit Verschlüssen aus Zinkspritzguß oder Aluminium zu versenden.

VIII. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem

25. Regelung der Vergütung für von mehreren Betrieben genutzte Erfindungen

Durch die Auflösung der Hauptabteilung Forschung und technische Entwicklung ergeben sich im Verfahren zur Vergütung für von mehreren Betrieben genutzte Erfindungen einige Änderungen.

Die Regelung nach Buchst. a der Anweisung Nr. 12 in „Verfügung und Mitteilungen“ Nr. 6/7, Seite 79, wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„Der Vergütungsvertrag wird erst durch die Genehmigung der Rechts- und Vertragsschiedsstelle des Ministeriums gültig. Auch der Lauf sämtlicher Fristen richtet sich nach dem Zeitpunkt der Genehmigung durch die Rechts- und Vertragsschiedsstelle.“

Der Buchst. b der Anweisung Nr. 12 wird aufgehoben und durch die nachfolgende Bestimmung ersetzt:

„Der vertragschließende Betrieb hat den Vergütungsvertrag mit den dazugehörigen Unterlagen an die zuständige HV, Abteilung Technik, einzureichen. Diese prüft den Vorgang in technischer Beziehung wie auch hinsichtlich der errechneten Nutzungs- und Vergütungssummen. Sodann gibt die zuständige HV, Abteilung Technik, den Vorgang mit einer gutachtlichen Stellungnahme an die Rechts- und Vertragsschiedsstelle weiter, die nach Prüfung der rechtlichen Fragen diesen der Hauptabteilung Kaufmännische Angelegenheiten und Finanzen zur Freigabe des Vergütungsbetrages zuleitet.“

26. Mehr Vorsicht bei der Behandlung von Patent- und Warenzeichenangelegenheiten!

Bei der Behandlung von Patenten und Warenzeichen sind die Erfordernisse der Wachsamkeit strikt zu beachten. In dieser Beziehung sind noch erhebliche Mängel festzustellen. So wurde in letzter Zeit in einer der größten Tageszeitungen der DDR ein Bericht über neue Erzeugnisse unter Angabe der für diese geprägten Wortzeichen veröffentlicht, obwohl zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung die betreffenden Warenzeichen nur in der DDR angemeldet waren.

Veröffentlichungen über neue Erzeugnisse setzen voraus, daß in der DDR und den Ländern, die für den Export dieses Artikels in Frage kommen, die entsprechenden Schutzrechte (evtl. auch Patentrechte) beantragt sind.

27. Auswertung der Vertragssystem-Kontrollen in den Betrieben

In Auswertung der Überprüfung einer größeren Zahl von Betrieben hinsichtlich der Handhabung des All-

gemeinen Vertragssystems werden nachstehende Hinweise gegeben:

1. Zwecks klarer Gestaltung der Verträge ist dabei grundsätzlich nicht auf Bestellung und Auftragsbestätigung Bezug zu nehmen. Oft enthalten Bestellung und Auftragsbestätigung voneinander abweichende Liefertermine, so daß bei bloßer Bezugnahme keine Einigung über den Liefertermin besteht.
2. Bei Abschluß von Verträgen und brieflichen Vereinbarungen kann die Annahme nicht stillschweigend, sondern nur ausdrücklich geschehen. Über Verträge sind Urkunden zu errichten, die von beiden Vertragspartnern zu unterzeichnen sind (§ 4 VVO). Dasselbe gilt für Vertragsänderungen (§ 7, Abs. 3, VVO).
3. Terminvereinbarungen müssen ohne Bedingungen getroffen werden. Formulierungen wie „Termin 28.2.55, entsprechende Witterungseinflüsse vorausgesetzt“ sind unzulässig. Die Handhabung, lange Lieferzeiten mit der Maßgabe zu vereinbaren, daß vorfristige Lieferungen zulässig sind, ist nur dann zu billigen, wenn dadurch die Finanz- und Materialplanung nicht gestört wird.
4. In die Verträge sind Festpreise aufzunehmen. Die Formulierung „gesetzlich zulässiger Preis“ ist nicht ausreichend. Die Vereinbarung von Schätzpreisen und sogenannten Etwa-Preisen ist unzulässig.
5. In briefliche Vereinbarungen ist der Hinweis aufzunehmen, daß § 4 ff der Bekanntmachung eines Mustervertrages pp vom 10.1.52 oder entsprechende Allgemeine Lieferbedingungen verbindlich sind.
6. Für Vertragsabschlüsse mit den VEH DIA über Exportlieferungen sind die Allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen zwischen den VEH Deutscher Innen- und Außenhandel und den Lieferbetrieben der DDR über Warenlieferungen für den Export (Anlage 1 zur Dritten Durchführungsbestimmung vom 15.7.54 zur Verordnung über die Durchführung von Exportaufträgen und Verfahrensregelung — GBl. S. 646) und die 5. DB zur VVO vom 6.6.53 (GBl. S. 803) maßgebend.
7. Anträge auf Vertragsänderung sind rechtzeitig vor Ablauf des Liefertermins zu stellen. Erst nach Ablauf des Liefertermins beantragte Vertragsänderungen stellen eine Verletzung der Vertragsdisziplin dar und können mit einer Strafe nach § 10 der VGVO geahndet werden.
8. Die Annahme begründeter und rechtzeitig gestellter Vertragsänderungsanträge ist von dem Ergebnis der sorgfältigen Abwägung der eigenen Produktions-

lage und der Würdigung der vom Antragsteller vorgebrachten Begründung abhängig zu machen. Vertragsänderungen darf nur zugestimmt werden, soweit die Erfüllung der Planaufgaben durch die Änderung nicht gefährdet wird.

9. Für die Zeit vom vertraglich festgelegten Liefertermin bis zum Zustandekommen einer Vereinbarung über Terminänderung muß Vertragsstrafe berechnet werden.
10. Neben den Gewährleistungsansprüchen bei mangelhafter Beschaffenheit des Vertragsgegenstandes ist Vertragsstrafe wegen nicht qualitätsgerechter Lieferung und Leistung geltend zu machen. Die Geltendmachung von Vertragsstrafen ist nicht davon abhängig, daß rechtzeitig gerügt worden ist. Mit dem Grundsatz der Rentabilität ist es nicht vereinbar, wenn beim Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen (Verschulden!) keine Schadenersatzansprüche erhoben werden.
11. Die Nichteinhaltung der für die Berechnung der Vertragsstrafe vorgesehenen Fristen sowie die Versäumung der Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Vertragsstrafen sind Verstöße gegen die Vertragsdisziplin, die nach § 10 VGVO geahndet werden können.
12. Grundsätzlich ist der Lieferer auch für das Verschulden eines Dritten verantwortlich, dessen er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem anderen Vertragspartner bedient. Das gilt nicht nur für Streckengeschäfte, sondern auch für Vorlieferanten, Zulieferanten und Handelsorgane. Der Lieferer hat also den Entlastungsbeweis nicht nur für eigenes Verschulden, sondern auch für dasjenige seiner Kooperationspartner zu führen, wenn er von Vertragsstrafe oder Schadenersatz freikommen will.
13. Der Lieferer hat seine Verpflichtungen erfüllt, wenn er die Gegenstände, zu deren Lieferung er vertraglich verpflichtet ist, an das Transportinstitut übergibt. Der Vertragsstrafenrechnung ist das Datum der Versendung zugrunde zu legen. Abweichungen hiervon müssen vertraglich vereinbart werden.
14. Wenn der Gläubiger Verspätungszinsen berechnet, kann der Schuldner die Zahlung nicht deshalb verweigern, weil er der Ansicht ist, es handle sich um einen Bagatellbetrag. Nur der Gläubiger kann beurteilen, wann die Einziehung von Verspätungszinsen für ihn wirtschaftlich ist (§ 1 der 24. DB zur FWVO).
15. Abnehmer der DHZ Kohle sind berechtigt, die Vertragsstrafe vom Gesamt-Preis (Ware + Fracht + Handelsaufschlag) zu berechnen. Die DHZ kann den Differenzbetrag (Fracht + Handelsaufschlag) beim Lieferwerk als Schadenersatz geltend machen.
16. Die Allgemeinen Lieferbedingungen für Erze, Konzentrate, metallurgische Erzeugnisse und Rückstände sind im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems sämtlichen Verträgen zugrunde zu legen, welche die Lieferung folgender Erzeugnisse nach der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan 1955 zum Gegenstand haben:
Abschnitt II Bergbau, B Erzbergbau,
mit Ausnahme der Planpositionen 1112350, 1112360, 1112380, Abschnitt III Metallurgie
mit Ausnahme der Planpositionen 132300 Edelmetalle, 132400 Schrott, 132500 Hartmetalle, 139500 Lohnarbeiten einschließlich Veredlung.
Die ALB gelten nicht für Guß- und Schmiedestücke und für gezogenen Stahldraht.
Vertragsstrafen für Lieferverzug entstehen in der 1. Dekade in Höhe von 0,5 Prozent des Wertes des nicht gelieferten Teiles des Vertragsgegenstandes, für jede weitere Dekade in Höhe von 1 Prozent. Der Monat ist mit 30 Tagen zu berechnen. Bei einem Verzug von beispielsweise 47 Tagen = 5 Dekaden entstehen also $0,5 + 1 + 1 + 1 + 1 = 4,5$ Prozent.
17. Obwohl die ALB für Erze pp keine Vertragsstrafen für die Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der

Leistung entsprechend § 2, Absatz 1, Buchstabe c der 6. DB zur VVO vorsehen, ist die Berechnung von 5 Prozent Vertragsstrafe in einem solchen Falle begründet. Die Bestimmung des § 2, Absatz 1 der 6. DB „soweit keine oder keine anderen Vertragsstrafen festgelegt sind, sind Vertragsstrafen zu vereinbaren“, ist auf jeden Buchstaben des Absatzes 1 zu beziehen. Da für die Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Leistung (§ 2, Absatz 1, Buchstabe c) in den ALB keine Vertragsstrafen vorgesehen sind, ist insoweit die 6. DB zur VVO anzuwenden.

28. Verbesserung der Vertragskontrolle in den Betrieben

Die Überprüfung der Anwendung des Allgemeinen Vertragssystems in zahlreichen Betrieben der Schwerindustrie hat gezeigt, daß in einer Reihe von Betrieben noch erhebliche Mängel hinsichtlich der Organisation und der Durchführung der Vertragskontrolle bestehen. Zur Beseitigung dieser Mängel ist es angezeigt, in den Betrieben einheitlich zu verfahren und den Abschluß sowie die Durchführung der Verträge zentral durch die Rechts- und Vertragsstelle des Betriebes (Betriebsjustitiar) kontrollieren zu lassen.

Nachstehende Richtlinien sollen den Betrieben Hinweise für organisatorische Maßnahmen zur Einführung und Durchsetzung einer wirksamen Vertragskontrolle geben. Ist die Vertragskontrolle gut organisiert, so wird sie sich auf den planmäßigen Ablauf der Produktion, die Verbesserung der Qualität, den Absatz der Erzeugnisse und die Verhinderung vermeidbarer Kosten positiv auswirken und dadurch das Betriebsergebnis und die Rentabilitätsentwicklung des Betriebes günstig beeinflussen.

1. Nach Ziffer 12 der Anweisung vom 20.7.54 über Stellung und Aufgaben der Betriebsjustitiare (VuM Nr. 4/5 S. 65) ist der Betriebsjustitiar als Leiter der Rechts- und Vertragsstelle des Betriebes dem Werkleiter für die Kontrolle der Durchführung des Allgemeinen Vertragssystems im Betriebe verantwortlich. Dazu gehört insbesondere die Sorge für den rechtzeitigen Abschluß der Verträge entsprechend den Planaufgaben des Betriebes und für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung. Zur Wahrnehmung dieser Kontrollfunktion sollen dem Betriebsjustitiar innerhalb der Rechts- und Vertragsstelle ein oder mehrere Vertragssachbearbeiter zur Verfügung stehen, die erforderlichenfalls aus anderen Betriebsabteilungen zur Rechts- und Vertragsstelle des Betriebes umgesetzt werden können.
2. Die Kontrollpflicht des Betriebsjustitiars enthebt die Fachabteilungen (Materialversorgung, Absatz, Investitionen usw.) des Betriebes nicht ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortlichkeit, selbst den Abschluß der Verträge vorzubereiten, ihre termin- und gütegerechte sowie mengenmäßige Erfüllung zu überwachen und den dazugehörigen Schriftwechsel zu führen.
3. Bei der Durchführung der Vertragskontrolle ergeben sich für die Rechts- und Vertragsstelle des Betriebes folgende Aufgaben:
 - a) Unterstützung der Fachabteilungen bei dem Abschluß der Verträge,
 - b) Koordinierung der Tätigkeit der am Zustandekommen und an der Durchführung der Verträge beteiligten Betriebsabteilungen,
 - c) Führung einer zentralen Vertragskartei bzw. Kontrolle der in den Fachabteilungen geführten Karteien,
 - d) Kontrolle über die Durchführung der Verträge,
 - e) Mitwirkung bei der Änderung und Aufhebung von Verträgen,
 - f) Berechnung der Vertragsstrafen und Überwachung ihrer Bezahlung,
 - g) Durchsetzung von Ansprüchen aus Verträgen vor den Vertragsgerichten,
 - h) Auswertung von Vertragsverletzungen.

4. Von jeder Bestellung (Vertragsangebot) haben die Fachabteilungen die Rechts- und Vertragsstelle zu verständigen. Auf Grund dieser Mitteilung wird ein Karteiblatt (Best.-Nr. 05155a, Vordruck Leitverlag Weimar) angelegt. Die Rechts- und Vertragsstelle hat den rechtzeitigen Eingang der bindenden Erklärung des Vertragspartners zu überwachen und die zuständigen Fachabteilungen zu mahnen, um den rechtzeitigen Vertragsabschluß nach § 2 der Vertragsverordnung zu gewährleisten. Kommt der Vertrag innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist nicht zustande, so hat die Rechts- und Vertragsstelle unverzüglich ein Verfahren auf Vertragsabschluß herbeizuführen.
5. Die Vertragsentwürfe sind nach Maßgabe der vom Werkleiter festgelegten Wertgrenze vor Abschluß der Rechts- und Vertragsstelle zuzuleiten. Nach der rechtlichen Überprüfung des Vertrages ist seine Unterzeichnung zu veranlassen. Es empfiehlt sich, Verträge bei derjenigen Fachabteilung aufzubewahren, die ihren Abschluß herbeigeführt hat.
6. In die Vertragskontrolle sollen auch briefliche Vereinbarungen einbezogen werden. Soweit wegen ihrer Vielzahl nur die wichtigsten Vereinbarungen in die Vertragskartei aufgenommen werden, ist bei den übrigen die Kontrolle in anderer geeigneter Weise zu sichern.
7. Sollen Verträge geändert oder aufgehoben werden, so ist die Rechts- und Vertragsstelle wie bei dem Abschluß von Verträgen (Ziffer 5) einzuschalten.
8. Die Rechts- und Vertragsstelle soll sich über den Erfüllungsstand der Verträge laufend unterrichten und die entsprechenden Eintragungen in die Vertragskartei vornehmen. Je nach den betrieblichen Verhältnissen hat sie zu diesem Zweck die notwendigen Feststellungen in den Fachabteilungen zu treffen. Die Rechts- und Vertragsstelle soll die beteiligten Abteilungen auf bevorstehende Termine hinweisen, deren Einhaltung für den Betrieb von besonderer Bedeutung ist.
9. Wird eine nicht ordnungsmäßige Erfüllung der Verträge (Lieferverzug, Qualitätsverletzungen usw.) festgestellt, so sollen die Fachabteilungen diese Verträge mit dem dazugehörigen Schriftwechsel unverzüglich der Rechts- und Vertragsstelle übergeben. Diese entscheidet über die Berechnung von Vertragsstrafen, veranlaßt die sofortige Ausstellung und Übersendung von Vertragsstrafenrechnungen, überwacht ihre Bezahlung und setzt Sanktionen bei den Vertragsgerichten durch. Die Rechts- und Vertragsstelle soll auch darüber befinden, ob eine Einigung vorzuschlagen ist, und ob auf Vertragsstrafen nach §§ 4 und 5 der 6. DB zur VVO verzichtet werden kann.
10. Die Rechts- und Vertragsstelle soll berechnete und angelastete Vertragsstrafen listenmäßig erfassen. Aus der Aufstellung müssen Grund und Höhe der Vertragsstrafe sowie die Art der Erledigung ersichtlich sein.

29. Verträge über die Lieferung und den Bezug fester Brennstoffe

Quartalsverträge über die Lieferung und den Bezug fester Brennstoffe sind auf Grund des von der Absatz-

abteilung Kohle vor Beginn des Quartals herauszugebenden Lieferplanes zu schließen.

Operative Eingriffe der Absatzabteilung Kohle und ihrer Außenstellen im Laufe des Quartals in die Lieferbeziehungen zwischen Betrieben der Kohlenindustrie und Niederlassungen der DHZ Kohle bzw. Direktbeziehern, die infolge Änderung der Bezugsansprüche durch die Kontingenträger oder aus anderen volkswirtschaftlichen Gründen erfolgen, stellen keine Planänderungen im Sinne des § 8, Abs. 1, der 6. DB zur VVO und der Anweisung Nr. 30 vom 20. Februar 1955 (VuM Nr. 9, S. 120) dar. Vertragsänderungen und Neuabschlüsse von Verträgen sind deshalb in diesen Fällen nicht erforderlich.

Soweit Betriebe auf operative Anweisung an Besteller liefern, mit denen sie in keinem Vertragsverhältnis stehen, treten sie als Ersatzlieferer für das vertraglich gebundene Lieferwerk auf. Diese Lieferungen gelten also als vertragliche Lieferungen des Vertragspartners. Soweit der Vertrag unter Berücksichtigung der von Mitlieferern erbrachten Mengen erfüllt ist, sind dem Vertragspartner keine Vertragsstrafen wegen Minderlieferungen zu berechnen.

Die sich aus den Lieferungen ergebenden Ansprüche sind gegenüber demjenigen Lieferwerk geltend zu machen, mit dem der Vertrag auf Grund des Lieferplanes geschlossen wurde. Die Rechts- und Vertragsschiedsstelle wird die Mitlieferer in ein anhängig gemachtes Verfahren einbeziehen. Es ist also notwendig, bei Anträgen an die Rechts- und Vertragsschiedsstelle anzugeben, von welchen Werken Lieferungen erfolgt sind. Das ist insbesondere erforderlich beim Geltendmachen von Vertragsstrafen wegen Nichteinhaltens der vertraglich vereinbarten Gütenormen. Ein Lieferwerk kann nur dann vertragsstrafenpflichtig sein, wenn es die jeweils verbindlichen Gütenormen verletzt hat.

Ungeachtet der Verpflichtung zur monatlichen Berechnung der Vertragsstrafen (§ 4 der 6. DB zur VVO) sind Verfahren bei der Rechts- und Vertragsschiedsstelle erst nach Ablauf des jeweiligen Quartals zu beantragen, sofern nicht besondere Gründe ein schnelles Eingreifen der Rechts- und Vertragsschiedsstelle notwendig machen.

Die nach einem Zusatzlieferplan der Absatzabteilung Kohle zu verteilenden Mengen aus Überproduktion müssen durch Ergänzung bereits bestehender Verträge oder durch Neuabschlüsse vertraglich gebunden werden, da es sich um „Zusatzmengen“ handelt, die im ursprünglichen Lieferplan nicht enthalten sind. Dasselbe gilt für „Reserven“, die als solche kenntlich gemacht sind.

Diese Regelung gilt entsprechend für die Versorgungsverträge mit den Abnehmern der DHZ Kohle. Eine Änderung der Verträge auf Grund operativer Maßnahmen ist nicht mehr vorzunehmen.

Mit dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der DDR ist diese Regelung abgestimmt.

In diesem Zusammenhang wird noch auf folgendes hingewiesen:

Nach § 2 der Bekanntmachung vom 28. April 1953 über Allgemeine Lieferbedingungen für die Haupterzeugnisse der Kohlenindustrie (ZBl. S. 191) sind die Verträge über die Lieferungen gemäß § 1 der Bekanntmachung nach dem in Frage kommenden Muster zu schließen. Zur Vermeidung unnötiger Kosten können Kurzverträge geschlossen werden, in denen auf die Bestimmungen des entsprechenden Mustervertrages zu verweisen ist.

IX. Sonstiges

30. Die Baukonferenz vom 3. bis 6. April 1955

Über diese Baukonferenz hat das Ministerium für Aufbau zwei Broschüren herausgegeben. Die erste Broschüre, welche den umfangreichen Beschluß des Ministerrates vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen sowie Berichte und Empfehlun-

gen der Arbeitsgruppen zum Beschlußentwurf enthält, ist den Betrieben auf Kosten des Ministeriums für Schwerindustrie bereits in je einem Exemplar zugestellt worden.

Die zweite Broschüre, in der nach einem Vorwort des Ministers für Aufbau die auf der Baukonferenz gehaltenen

nen Reden und Diskussionsbeiträge enthalten sind, und die auch mit Abbildungen ausgestattet ist, ist in der Schriftenreihe „Die Bauwirtschaft“ des Verlages Die Wirtschaft, Berlin, erschienen. Die Broschüre hat einen Umfang von rund 350 Seiten im DIN-A-5-Format. Der Bezug auch dieser zweiten Broschüre wird den Betrieben und sonstigen Institutionen empfohlen. Bestellungen (möglichst Sammelbestellungen) sind an das Druckhaus Leipzig in Leipzig C 1, Querstraße 4-6, zu richten.

31. Straßenbenutzungsgebühren

Das Ministerium für Verkehrswesen hat die Gebühren für das Befahren der Autobahnen und Straßen in unserer Republik durch Westberliner und westdeutsche

Fahrzeughalter neu festgelegt. Mit der Bekanntgabe dieser Gebühren ist gleichzeitig bestimmt worden, daß Ausnahmen jeder Art, wie sie früher für gesellschaftliche Tagungen sowie Sport- und Kulturveranstaltungen gewährt worden sind, nicht mehr berücksichtigt werden. Soweit Westberliner oder westdeutsche Fahrzeuge auf Einladung staatlicher Organe oder sonstiger Institutionen in die DDR einfahren, ist es Angelegenheit der einladenden Stellen, die gegebenenfalls in Betracht kommende Rückerstattung der gezahlten Straßenbenutzungsgebühren mit dem Ministerium der Finanzen bzw. der Deutschen Notenbank zu regeln. Eine Befreiung von der Einziehung dieser Gebühren an den Grenzkontrollpunkten findet nicht mehr statt.

B. Besonderer Teil

X. Produktionsbereich Metallurgie

32. Bildung von Normenbüros in den Produktionsbetrieben und bei den Hauptverwaltungen

Unter Hinweis auf § 14 der VO vom 30. September 1954 über die Einführung staatlicher Standards und die Durchführung der Standardisierungsarbeiten in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 821) wird für den Produktionsbereich Metallurgie folgende Anordnung getroffen:

I.

Zur Schaffung einer einheitlichen Ordnung in der Normung der Produktion und der technischen Dienste mittels staatlicher Standards sind in den Produktionsbetrieben und bei den Hauptverwaltungen des Produktionsbereiches Metallurgie, entsprechend ihrer Größe und Bedeutung, Normenbüros zu bilden oder Beauftragte für Normung einzusetzen.

II.

Die Normenbüros bzw. die Beauftragten für Normung haben nach § 14 der VO vom 30. September 1954 folgende Hauptaufgaben zu erfüllen:

1. Normenbüros in den Produktionsbetrieben und bei dem ZBK der metallurgischen Industrie.
 - a) Festlegung von Werknormen für die Konstruktion, Technologie, Fertigung, Planung und Verwaltung, wie sie für die rationelle Produktion des Betriebes erforderlich sind, unter Berücksichtigung staatlicher Standards und Werknormen,
 - b) Überprüfung der Projektierungs- und Konstruktionszeichnungen für die laufende und neu aufzunehmende Produktion unter Beachtung der staatlichen Standards und Werknormen,
 - c) Überprüfung der Betriebs- und Fertigungsmittel bzw. ihrer zeichnerischen Unterlagen auf normgerechte Ausführung,
 - d) Erfahrungsaustausch mit den Werknormenbüros anderer Betriebe.
2. Standardisierungsbüros bei den Hauptverwaltungen des Produktionsbereiches Metallurgie.
 - a) Ausarbeitung von technischen Güte- und Lieferungsbedingungen für metallurgische Erzeugnisse,
 - aa) als persönliche Planaufgaben des Leiters des Standardisierungsbüros,
 - bb) durch Mitarbeit an Planaufgaben anderer Beauftragter.
 - b) Ausarbeitung bzw. Mitarbeit an der Ausarbeitung von TGL für Grund- und Hilfsstoffe sowie Ausrüstungen für die metallurgische Industrie (z. B. Koks, feuerfeste Stoffe, Walzen).
 - c) Entscheidung über die Behandlung von Ausnahmen und Abweichungen von den TGL.
 - d) Zusammenarbeit mit den innerdeutschen, ausländischen und internationalen Normungsorgani-

- sationen (Beschaffung und Auswertung ausländischer Normenliteratur usw.).
- e) Durchführung von Sonderaufgaben, Beratung der Preiskommission.

III.

- (1) Die personelle Besetzung der Normenbüros in den Produktionsbetrieben und beim ZKB der metallurgischen Industrie richtet sich nach der Größe der Betriebe und dem Umfang der durchzuführenden Normungsarbeiten. Der Stellenplan ist von der Werkleitung aufzustellen.
- (2) Die Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen bestehen aus dem Leiter des Standardisierungsbüros, einem bis drei Normeningenieuren und den erforderlichen Verwaltungskräften.
- (3) Die Leiter der Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen sind berechtigt, im Einvernehmen mit den zuständigen Leitern der Produktionsbetriebe, der zentralen Konstruktionsbüros und Institute des Produktionsbereiches Metallurgie Spezialisten zur Durchführung staatlicher Standardisierungsaufgaben heranzuziehen.
- (4) Die Normenbüros der Produktionsbetriebe und des ZKB der metallurgischen Industrie bzw. die Beauftragten für Normung unterstehen dem Technischen Leiter des Betriebes.
- (5) Die Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen unterstehen dem Leiter der zuständigen HV.
- (6) Die Struktur-, Stellen- und Arbeitspläne der Normenbüros in den Produktionsbetrieben sind vom Stellvertreter des HV-Leiters für technische Fragen zu bestätigen.
- (7) Die Struktur-, Stellen- und Arbeitspläne des Normenbüros des ZKB der metallurgischen Industrie sind vom Stellvertreter des Ministers für den Produktionsbereich Metallurgie zu bestätigen.
- (8) Die Struktur-, Stellen- und Arbeitspläne der Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen sind vom zuständigen HV-Leiter zu bestätigen.

IV.

- (1) Für die Ausarbeitung der technischen Normen sind vom Normenbüro oder Beauftragten für technische Normen in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Planung, Entwicklung, Konstruktion, Technologie und TKO Jahrespläne aufzustellen. Der Plan der technischen Normung ist ab 1956 in den Betriebsplan aufzunehmen und hat Forschungs- und Entwicklungsarbeiten usw. der Betriebe zu berücksichtigen.
- (2) Der Plan der technischen Normung muß folgende Angaben enthalten:
 - a) Thema (Arbeitstitel der techn. Normen)
 - b) mit der Durchführung Beauftragter
 - c) Termin für den Ablauf und die Fertigstellung der Arbeit.

STAT

V.

- (1) Von jeder Hauptverwaltung ist ein Plan der Standardisierungsaufgaben im Bereich der Hauptverwaltung aufzustellen, mit den übrigen Planaufgaben zu koordinieren und die Durchführung zu überwachen.
- (2) Die Aufstellung des Planes der Standardisierung für das Normenbüro des ZKB der metallurgischen Industrie ist von einem Beauftragten des Stellvertreters des Ministers für den Produktionsbereich Metallurgie vorzunehmen, mit den übrigen Planaufgaben zu koordinieren und die Durchführung zu überwachen.
- (3) Die in den Normenbüros der Produktionsbetriebe neu erarbeiteten technischen Normen sind den zuständigen Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen zur Kenntnis zu bringen und von ihnen zu bestätigen.
- (4) Die von den Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen erarbeiteten Standards werden den zuständigen Hauptverwaltungen zur Bestätigung zugeleitet und von diesen der Staatlichen Plankommission zur Verbindlicherklärung übergeben.
- (5) Die von dem Normenbüro des ZKB der metallurgischen Industrie erarbeiteten Standards werden dem Beauftragten des Stellvertreters des Ministers für den Produktionsbereich Metallurgie zur Bestätigung zugeleitet und von diesem der Staatlichen Plankommission zur Verbindlicherklärung vorgelegt.

VI.

- (1) Dem VEB Stahl- und Walzwerk Wilhelm Florin, Hennigsdorf, ist das Standardisierungsbüro der HV Eisenindustrie anzugliedern.
- (2) Dem Zentrallabor der feuerfesten Industrie in Meißen ist das Standardisierungsbüro der HV Hilfsbetriebe der Metallurgie anzugliedern.
- (3) Dem VEB Walzwerk Hettstedt ist das Standardisierungsbüro der HV NE-Metallindustrie anzugliedern.

VII.

- (1) Die Finanzierung der technischen Normung in den Produktionsbetrieben und Zentralen Konstruktionsbüros erfolgt aus den Mitteln des Betriebes und ist im Finanzplan des Betriebes enthalten.
- (2) Die Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen für die Standardisierungsbüros der Hauptverwaltungen erfolgt aus den Mitteln des Leitbetriebes und ist im Finanzplan des Leitbetriebes enthalten.
- (3) Die Finanzierung der Planaufgaben des Planes der Standardisierung erfolgt aus Mitteln des Staatshaushaltes. Hierfür gelten die vom Ministerium der Finanzen bestätigten Richtlinien.
- (4) Haushaltsgebundene Stellen finanzieren die Planaufgaben zum Plan der Standardisierung aus den Haushaltsmitteln.

XI. Produktionsbereich Chemie

34. Aufgaben der Ingenieur-Technischen Zentrale für die Kaliindustrie und den Nichterzbergbau (ITZ)

Nach Ziffer III, Abs. 2, Buchst. f, der in VuM Nr. 9, S. 122, veröffentlichten Verfügung vom 24. Januar 1955 über die Bildung der ITZ hat diese u. a. die Aufgabe, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiete des Schlagwetterschutzes, des hydraulischen Transportes von Kalisalzen und der Flotation zu übernehmen.

Nach Klärung einiger in diesem Zusammenhange aufgetauchten Zweifelsfragen wird die angeführte Bestimmung

Die Durchführung des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der überbetrieblichen Standardisierung und die Verteilung überbetrieblicher Standardisierungsaufgaben auf die einzelnen Normenbüros oder Beauftragten für Normung in den Produktionsbetrieben obliegt den Standardisierungsbüros der zuständigen Hauptverwaltungen in Hennigsdorf, Meißen und Hettstedt.

VIII.

- (1) Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung wird das Büro für Standardisierung der DDR für Stähle im VEB Stahl- und Walzwerk Wilhelm Florin, Hennigsdorf, aufgelöst.
- (2) Die Weiterführung der Arbeiten dieses Büros geht auf das Standardisierungsbüro der HV Eisenindustrie über.

IX.

33. Erfassung von Schamotte-Altmaterial

Bereits durch die Verordnung vom 20. Juli 1950 über die Meldung und Verwertung von feuerfesten Alt- und Abbruchmaterialien (GBl. S. 616) ist vorgeschrieben, daß solches Material der Meldepflicht unterliegt, um es in möglichst vollständigem Umfange der Wiederverarbeitung zuführen zu können.

Die Erfassung, die Aufbereitung und der Vertrieb der im Gebiet der DDR anfallenden Industrierückstände dieser Art wurden nach Ziffer II der Bekanntmachung vom 10. Februar 1952 (Min.-Bl. S. 5) dem VEB Industrierückstände übertragen. Nach dessen Eingliederung in die VHZ Schrott obliegt diese Aufgabe den Betrieben (Niederlassungen) des genannten Handelsorganes.

Es besteht Veranlassung, diese Regelung in Erinnerung zu bringen und zur vollständigen Erfassung der Rohstoffreserven aus Industrierückständen folgendes zu bestimmen:

- a) Die bei dem Bau und bei der Reparatur von Industrieöfen durch Behau entstehenden Abfälle sind sorgfältig zu sammeln und nach Art und Eigenschaft des Materials (Schamotte, Silika, Magnesit, Chrommagnetit usw.) getrennt zu lagern.
- b) Gleichfalls zu sammeln sind die bei Abbrüchen von Industrieöfen anfallenden feuerfesten Steine.
- c) Die Verwendung der durch Abbrüche gewonnenen feuerfesten Steine für Hintermauerung an Stellen, an denen feuerfestes Material nicht benötigt wird, ist verboten.
- d) Die bei dem Abbruch eines Industrieofens anfallenden Materialien sind weitestgehend von Verunreinigungen, insbesondere von Schlacken, zu befreien.
- e) Sämtliches gesammelte Schamotte-Altmaterial ist der örtlich zuständigen Niederlassung der VHZ Schrott zu melden, um die möglichst vollständige Wiederverarbeitung dieses Materials zu sichern.
- f) Für die ordnungsmäßige Durchführung dieser Maßnahmen sind die Technischen Leiter der Betriebe verantwortlich.

auf Vorschlag des Direktors des Forschungsinstitutes für Aufbereitung wie folgt geändert:

„f) Mitarbeit an Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiete des Kali- und Nichterzbergbaues.“

Berlin, den 10. August 1955.

RA/1500/55 —
Dr. Wtt/H.

Ministerium für Schwerindustrie
Selbmann
Minister

STAT

STAT

Page Denied